

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: 3 Bände... Einzelne Nummer 5 Pfg.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Monatszeit... Die Erhebungen ist abgeben werden.

Ersteinst. 1814.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. April 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1981.

Der Ausgang.

Paris, 4. April. (Fig. Ver.)

Die Tagesordnung, die die Kammer um 2 Uhr morgens angenommen hat, lautet:

Die Kammer nimmt die Feststellungen ihrer Untersuchungskommission zur Kenntnis. Sie verurteilt die mißbräuchlichen Einmischungen der Finanz- in die Politik und der Politik in die Justiz.

Was bedeutet dieser Beschluß — in bezug auf die Affäre, die er dem parlamentarischen Abschluß gegeben hat? Was bedeutet er in Hinsicht auf den Kampf der Parteien...

Die ersten Sätze der Tagesordnung, die von den Feststellungen der Untersuchungskommission und den mißbräuchlichen Einmischungen sprechen, sind einstimmig angenommen worden.

Wenn es gegenüber dem verlogenen demagogischen Treiben der Reaktionsäre notwendig ist, die beiden Heroen ihrer Politik ihres Heiligenscheins zu entkleiden, so muß doch nicht minder energisch der ebenso verlogene Taktik der Radikalen entgegengetreten werden.

Der unbedingte Wahrheitsdrang des Genossen Jaurès hat in der Kommission die Abfchwächungsmanöver der Radikalen vereitelt. Das stenographische Protokoll ist ein historisches Dokument der kapitalistischen Korruption des Staates.

Zusammenhang und das politische Interesse Caillaux zu verstehen. Jaurès sagte:

Nach der Bildung des Ministeriums Monis erhielt ein Journalist, der Direktor eines der zahlreichen Blätter, die in der Unordnung der schlecht organisierten Parteien aufgeschossen sind, von Rochette, seinem Vertrauten und Schützling, einen Besuch.

Dah diese Worte wie Beischüchtele auf das Samariterium der bürgerlichen Presse fallen mußten, ist begreiflich. In der Tat, der Rochette-Standal warzelt namentlich im Boden der Pressekorruption.

Dieser durchbrechende Zusammenhang des einen Skandals mit der allgemeinen Fäulnis des kapitalistischen Regimes hat die Rücksichten auf die Augenblidspolitik, wie sie falsche Klugheit und opportunistische Konfusion angeraten, nicht bestehen lassen.

Der spezifisch sozialistische Gesichtspunkt in der ganzen Affäre ist — etwas spät wohl, aber mit voller Energie zur Darstellung gekommen in der nachstehenden, am Schluß der Verhandlung vom Genossen Vaillant verlesenen Erklärung:

Die sozialistische Parlamentsfraktion hat den so genauen und vollständigen Bericht der Untersuchungskommission zur Kenntnis genommen. Sie stellt die von ihm enthaltenen Skandale fest und erklärt, daß die Rochette-Affäre nur ein Element des Prozesses ist, den der Sozialismus gegen die kapitalistische Gesellschaft und ihr Herrschaftssystem führt.

Was ihre Urheber in der gegenwärtigen Affäre anlangt, so sind wir bereit, sie der bürgerlichen Justiz zu überantworten. Aber wir senden sie vor das einzige Tribunal, dessen Wert und Gerechtigkeit wir in diesem Augenblick anerkennen: vor das politische Gericht des Volkes, vor das allgemeine Stimmrecht.

Und bei dieser Gelegenheit appellieren wir noch einmal an die unterdrückte und ausgeplünderte Arbeiterklasse, dem kapitalistischen Regime des Glatts und der Infamie durch Herbeiführung der sozialistischen Republik ein Ende zu machen.

So bleibt, als soziales Schlusergebnis, die revolutionäre Aufgabe des Proletariats, der sich auf dem Boden der kapitalistischen Ausbeutung unverfälscht ausbreitenden Fäulnis durch die Aufhebung dieser Ausbeutung selbst, durch den unverrückbaren Klassenkampf ein Ende zu machen.

Vom Kriegsschauplatz in Petersburg.

An der Spitze der Betriebe, die im Anschluß an den Proteststreik in Petersburg Zehntausende von Arbeitern ausgesperrt haben, stehen die staatlichen Werke, in denen das Gros der Petersburger Metallarbeiter beschäftigt ist.

Aus Anlaß der Aussperrung fand eine Reihe Meetings und Beratungen unter den Arbeitern statt. Nach eingehender Beratung der Lage wurde beschlossen, auf allen Fabriken Sammlungen für die Aussperrten und ihre Familien zu eröffnen.

Die Lage der Aussperrten ist um so verzweifelter, als die Konsumläden bei den Fabriken den Arbeitern auf Befehl der Administration den Kredit entzogen haben.

Die Taktik der Regierung bleibt bei allen diesen Vorgängen die gleiche: Herbertrampeln der Streikenden und Demonstranten, Ueberschwenkung der Arbeiterdritte mit Polizei und Militär, Verhaftung zahlloser Arbeiter.

Ohne jeden Anlaß ist plötzlich der Petersburger Metallarbeiterverband polizeilich geschlossen worden. Der Verband, der mit seinen 11000 Mitgliedern an der Spitze der russischen Gewerkschaftsbewegung marschierte, hat allein in den letzten elf Monaten dreimal seinen Vorstand erneuern müssen.

Die Maßnahmen der Unternehmer.

Petersburg, 6. April. (B. T. B.) In sechs Fabriken und einigen Kleinbetrieben, die zeitweilig den Betrieb eingestellt hatten, ist heute die Arbeit wieder aufgenommen worden.

8. April ihre Tätigkeit wieder auf, die Baltische Werft erst nach Ostern.

Der Streik in Riga.

Riga, 6. April. In den Fabriken streiken 33 000 und am Hafen 700 Arbeiter. Als von einem Teil der Streikenden verlangt wurde, eine Kundgebung zu veranstalten, und zwei verhaftete Agitatoren zu befreien versuchten, wurden die Demonstranten von der Polizei zerstreut und drei Leute, welche die Kundgebung angeführt hatten, verhaftet.

Kasernenroheit.

Einen Beitrag zu den Erziehungsfolgen der deutschen Kasernenkultur lieferte dieser Tage eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier. Bei Beginn der Verhandlung, die sich gegen sechs alte Leute vom 7. Jägerregiment zu Speerde richtete, gab der Verhandlungsleiter eine Verfügung des kommandierenden Generals vom 18. Dezember 1913 bekannt, in welcher der General auf Grund der Durchsicht von Gerichtsakten festgestellt habe, daß in seinem Bereiche die Mißhandlungen der Rekruten, insbesondere bei der Kavallerie, noch sehr grassierten. Diese hätten in einem Falle auch zu einem Selbstmordversuch geführt. Die Verfügung bezieht sich des Weiteren auf einen ähnlichen Erlaß aus dem Jahre 1903 und weist in eindringlicher Weise auf das Verwerfliche dieser Quälereien hin, den „alten Leuten“ wird das Verleiten der Rekruten, ihnen ohne dienstlichen Anlaß verboten. Die Offiziere werden aufgefordert, über die strikte Einhaltung dieser Verfügung zu wachen. Und um die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu erhöhen, soll dieselbe nicht nur allmonatlich vor versammelter Mannschaft verlesen, sondern jeder einzelne Soldat soll durch Namensunterschrift die Kenntnis der Verfügung bestätigen.

Es verdient zweifellos anerkannt zu werden, daß hier von hoher Stelle aus in so energischer Weise gegen jene Unsitte Stellung genommen wird. Aber das ganze militärische System mit seiner Erklärungslosigkeit des Offizierskorps, seinen Anforderungen des inneren Dienstes, seinem Kadavergehorsam, bringt es mit sich, daß die Mißhandlungen in den Kasernen kein Ende nehmen wollen. So mußte auch der in diesem Prozesse als Zeuge erschienene Militärarzt erklären, daß zwar dieser Erlaß befohlen und erörtert, von den Mannschaften aber nicht unterschrieben worden sei. Einer der Angeklagten kannte diese Verfügung überhaupt nicht. Es kann daher nicht überraschen, wenn dieser Erlaß, die Verhandlung ergab, nur auf dem Papier gestanden hat. Ohne jeden Grund sind mindestens 4 Kameraden über einen Rekruten hergefallen und haben ihn mit Knütteln, mit Obergürteln und dergl. mehr bearbeitet, und zwar zunächst am 5. März. Obwohl der Rekrut arg zugerichtet worden war, beschwerte er sich nicht. Erst als ihn dieselben Leute drei Tage später wiederum derartig zerschlugen, daß er von Kopf bis Fuß nicht mehr bewegen konnte und er sich krank melden mußte, kam die Sache heraus. Er wurde auch krank geschrieben, weil er eine ganze Reihe 10 bis 15 Zentimeter lange blutunterlaufene Stellen hatte. Hier verdient auch hervorgehoben zu werden, wie es dem Rekruten auf der Krankenstube erging. Er sagte nämlich aus, daß als er am zweiten Tage zur ärztlichen Untersuchung kam, der Sanitätsunteroffizier ihn mit den folgenden Worten davongejagt habe:

„Wenn Du Dich nicht so angeheilt hättest, würde ich Dich noch hier behalten haben, so aber mach Dich los.“

Als der mißhandelte Rekrut zwei Tage später auf eine Stube der „alten Leute“ kam, mußte er zunächst die Stube aufheizen. Da er den einen Arm nur schwer bewegen konnte, stellte sich einer der alten Leute hinter ihn und „half“ ihm den Arm ausziehen, indem er ihn gleichzeitig mit einem Rohrstock schlug. Als er fertig war, nahm der Rohling sich den Mann vor und sagte nun zu ihm:

„Jetzt will ich Dich mal ärztlich untersuchen.“

Und nun begann er den zerschlagenen Arm des Rekruten zu bewegen, was dem armen Opfer die heftigsten Schmerzen verursachte. Dann mußte er das Hemd herunterziehen und er wurde „massiert“. Als der Rekrut vor Schmerzen weinte, lachten ihn die umstehenden alten Leute aus. Erst das Hinzutreten eines Unteroffiziers machte dieser empörenden Grausamkeit ein Ende. Am Abend desselben Tages begab sich ein „alter Mann“ trotz Verbots auf die Rekrutenstube. Der Mißhandelte mußte für ihn Briefbogen aus der Kantine holen, die er dem „alten Mann“ auf dessen Stube bringen sollte, zu welchem Zwecke, ist unklar zu erraten. Der Rekrut holte zwar die Briefbogen, trug sie aber unbehilflich nicht hin. Als der alte Mann sich selber die Briefbogen holen mußte, stieß er folgende Drohung gegen ihn aus:

„Warte nur die folgende Nacht, da sollst Du schon sehen, usw.“

Es wurde ihm somit der berühmte sogenannte „Heilige Geist“ angekündigt. Der Rekrut ging daher anderen Tages in die Stadt und kaufte sich eine Pistole und einige Patronen, um durch einen Schreckschuß sich vor den alten Leuten zu schützen. Beim Produzieren der Pistole brachte er sich jedoch eine schwere Verletzung der Hand bei.

Die Angeklagten gaben im großen und ganzen alles zu. Der Vertreter der Anklage gestand diese Mißhandlungen, wenn auch das von ihm beantragte Strafmaß nicht recht im Einklang zu dieser Schärfe stand. Denn er beantragte gegen die Hauptschuldigen nur vier Wochen strengen Arrest. Das Gericht erkannte nur gegen den einen Angeklagten, der die ärztliche Untersuchung vorgenommen, auf vier Wochen strengen Arrest. Einer erhielt drei Wochen, einer 15 Tage strengen Arrest und die drei übrigen wurden völlig freigesprochen. Hervorzuheben verdient noch, daß der Militärmeister sich sehr warm für die Angeklagten ins Zeug legte.

Ein großer Soldatenmißhandlungsprozeß fand dieser Tage auch vor dem Kriegsgericht der dritten Division in Stettin statt. Hier mußten sich fünf Unteroffiziere, vier Sergeanten und ein Gefreiter der 10. Kompagnie des Grenadierregiment Nr. 2 in Stettin wegen zahlreicher Soldatenquälereien verantworten. Fast die ganze Kompagnie war als Zeugen gegen die Angeklagten aufmarschiert. Nur zwei der Angeklagten, ein Unteroffizier und der Gefreite, wurden freigesprochen, weil die ihnen zur Last gelegten Delikte nicht nachgewiesen werden konnten. Bei allen anderen aber wurden mehr oder minder schwere und fortgesetzte Soldatenmißhandlungen festgestellt, von Ohrfeigen und Prüfen bis zu schweren Angriffen mit dem Seitengewehr. Der Sergeant Otto Wille hatte Grenadiere mehrmals nachts aus den Betten gejagt; dafür bekam er 2 Tage Mittelarrest. Der Sergeant Walter Jahn hatte die ihm unterstellten Mannschaften mit Knüffen, Prüfen und Ohrfeigen bedacht, einem Mann ein schweres Schlüsselband an den Kopf geworfen und einen anderen mit dem Seitengewehr bearbeitet. Gegen ihn lautete das Urteil auf 6 Wochen Mittelarrest.

Die Unteroffiziere Max Harbordt und Franz Jaster wurden zu 10 bzw. 14 Tagen, der Sergeant August Engfer zu 4 Wochen Mittelarrest wegen gleichartiger Ausschreitungen verurteilt. Der Sergeant August Müller hatte bei jeder Gelegenheit Ohrfeigen ausgeübt und auch Klappschellen, Feuerhaken und Seitengewehr als militärische Erziehungsmittel betrachtet. Außerdem hatte er einem Mann, an dessen Kopf er einen Hieb bemerkt hatte, drei Flaschen Benzin ins Gesicht und über den Kopf geschüttet. 4 Monate Gefängnis waren der Lohn dieses Soldatenquälers. Der Unteroffizier Hermann Schiefelbein hatte beim Exerzieren einen Mann mit dem Gewehrsohnen vor den Unterleib geschlagen, und einen anderen durch Schläge mit dem Seitengewehr mißhandelt. Auf das Gewehr des Mißhandelten kam der Hauptmann hinzu, dem Schiefelbein vorlag, der Mann habe ihm den Gehorsam verweigert. In diesem Falle erkannte das Gericht auf 4½ Monate Gefängnis. Dem Unteroffizier Albert Kühn schließlich wurden allein 74 Mißhandlungsfälle und 45 Fälle vorschriftswidriger Behandlung nachgewiesen. Als seine Verfehlungen erwidert wurden, war der Soldatenschinder zu feige, sie zu gestehen; deshalb überredete er eine Anzahl Grenadiere, bei den ersten Verhandlungen zu sagen, sie wären nicht mißhandelt worden. Kühn wurde zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Diese lange Zeit hindurch fortgesetzten Soldatenschinderereien sind erst zur Anzeige gelangt, als ein Soldat, der die Quälereien des Kühn nicht mehr ertragen konnte, desertierte. Der Entflohene fand zur gleichen Zeit vor dem Kriegsgericht, das die Fahnenflucht nur als unerlaubte Entfremdung betrachtete, für die die Mindeststrafe von 43 Tagen Gefängnis festlegte. Aber auch diese Strafe erklärte es noch durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt.

Um das Koalitionsrecht.

Scharfmacher gegen einen Pfarrer.

Der frühere nationalsozialistische und jetzt der Fortschrittlichen Volkspartei angehörende Pfarrer Dr. Ernst Lehmann in Mannheim hatte in einer Angestellten- und in einer Gewerkschaftsversammlung Vorträge über die Koalitionsrechte gehalten und hatte sich dabei entschieden gegen die von den Scharfmachern verlangte Verschärfung ausgesprochen. Das war unseren Scharfmachern zu arg! Sie verlangen, daß der Pfarrer die Arbeiter mit ihrem irdischen Jammerdasein ausföhnt und sie auf ein besseres Jenseits vertritt. Und wenn er sich um politische Angelegenheiten kümmert, dann soll er sich unzuweilig auf die Seite der Unternehmer, der herrschenden Klasse, stellen und soll gegen die unchristliche Begehrlichkeit der „irreführten“ Arbeiter losdonnern. Dafür ist er nach Ansicht der Scharfmacher da und dafür wird er bezahlt. In einem längeren, in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Artikel wird nun der Pfarrer, der es gewagt hatte, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen, scharf angegriffen und wird versucht, auch die Kirchengemeinde gegen ihn aufzuheben. Auf diese Angriffe antwortet Pfarrer Dr. Lehmann in einem längeren Artikel, worin er seinen in der Frage des Koalitionsrechts eingenommenen Standpunkt entschieden vertritt und den Scharfmachern einige recht derbe Wahrheiten sagt.

Er erklärt, die Frage, „ob der Vergehen auf Seiten der streikenden Arbeiter unproportional viele sind und ob die vorhandenen Strafmittel dagegen wirklich nicht ausreichen“, ist, „wenn man gerecht und billig urteilen will, klipp und klar zu verneinen“. Die Arbeitskämpfe seien im allgemeinen besonnen, ruhiger, geordneter geworden, als sie es früher waren. Man konstruiere eine angebliche Zunahme der Streikvergehen, indem man verschweigt, daß systematisch die Arbeitswilligen veranlaßt werden, das kleinste Streikvergehen als Beleidigung zu empfinden und vor Gericht zu bringen. „Unter der Forderung nach vermehrtem Arbeitswilligenschuß steckt auch gar nicht das Verlangen nach Einschränkung einzelner Streikvergehen, sondern es steckt dahinter das Verlangen, die Arbeiterausstände durch möglichst horrenden Strafbestimmungen unmöglich zu machen und damit tatsächlich das Koalitionsrecht der Arbeiter ins Herz zu treffen. Alles andere ist nur Verschleiierung. Darum aber liegt in der Forderung nach verstärktem Arbeitswilligenschuß eine so große Gefahr für unser ganzes Volksleben und ein Attentat nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen die gesamte Arbeiterkraft, von der es denn auch mit Recht als solches empfunden wird.“ Nicht etwa als Anhänger einer politischen Partei, sondern mindestens gleichermäßen auch als evangelischer Geistlicher müsse er sich im Interesse des sozialen Friedens und sozialer Versöhnung gegen die Forderung des Arbeitswilligenschußes wenden.

Pfarrer Lehmann wendet sich gegen den Versuch der Scharfmacher, die evangelische Gemeinde gegen ihren Pfarrer aufzuheben und versichert, daß er keine Befürchtungen hege und daß diese Einschüchterungsversuche ihn zu keiner Aenderung seines Verhaltens bestimmen könnten.

„Merkt denn aber der Arbeitgeberverband“, heißt es am Schluß des Artikels, „gar nicht, daß er hier selbst einen Terrorismus gegen einen ihm mißliebigen und unbequemen Mann auszuüben sucht, der mindestens so schlimm und verwerflich ist, wie irgend ein von Arbeitern ausgeübter Terrorismus? Wer sich aber so in volstem Brustum über Arbeiterterrorismus meint beklagen zu müssen, und wer so weitgehende Forderungen gegen den Arbeiterterrorismus erhebt, wie der Arbeitgeberverband, der sollte sich doch vor nichts so hüten, als solchen Terrorismus selbst auszuüben.“

Die Scharfmacher werden trotz der mutigen Worte des Pfarrers nicht aufhören, ihm klar zu machen, daß die kapitalistische Bibel die Lehre für den Arbeiter verlangt: „Mühe Dich im Schweiße Deines Angesichts, um das Kapital der Mächtigen zu mehren!“

Ein schlesisches Urteil.

Die Urteile aus § 103 der Gewerbeordnung werden immer sonderbarer. Eine ganz sonderbare Auslegung hat dem oben genannten Paragraphen aber am Freitag das Landgericht Bries als Berufungsinstanz gegeben, vor der sich der Gauleiter für Schlesien des deutschen Steinleyerverbandes, Genosse Fränkel aus Görlitz, zu verantworten hatte. Der Sachverhalt ist folgender:

Der Steinleyerverband steht mit dem Arbeitgeberverband der Provinz Schlesien und der Lausitz des gleichen Berufes in Tarifverhältnis, nach dem sich die Arbeitgeber u. a. auch verpflichtet hatten, vorzugsweise organisierte Arbeiter einzustellen. Der Steinleyermeister Herzberg in Streßberg, ein Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist und den Tarif ausgenommen hat, hielt im Herbst vorigen Jahres zwei unorganisierte Leute, den Arbeiter Windig und dessen Sohn ein, ohne zu wissen, daß beide nicht organisiert waren. Als dies von Kollegen dem Gauleiter Fränkel gemeldet wurde, schrieb dieser an Herzberg und bat diesen, den beiden Windigs den Eintritt

in die Organisation nahe zu legen, damit auf der Baustelle Mißbilligkeiten unter den Arbeitern vermieden werden. Der Unternehmer kam diesem Wunsche in der bereitwilligsten Weise nach. Ohne daß den beiden in dem Arbeitsverhältnis Schwierigkeiten entstanden sind, gaben sie die Arbeit nach 14 Tagen freiwillig auf. Sie fühlten sich „genötigt“ und stellten Streikverlangen. Eine weitere „Nötigung“ soll Fränkel in einem Briefe an den Steinleyermeister Buresch in Streßberg begangen haben, in dem er diesen ersucht haben soll, die beiden Windigs eben durch Zwang der Organisation zuzuführen. In beiden Briefen — den letzteren erhalten zu haben, wird vom Empfänger auf das entschiedenste bestritten — erblickte die Anklagebehörde eine „Drohung“ und „Nötigung“ der beiden unorganisierten. Das Schöffengericht Streßberg war allerdings anderer Meinung und sah mit Recht darin nichts Strafbares. Der erste Brief stelle nur eine Aufforderung an Herzberg dar, sich seinen Vertragsverpflichtungen gemäß zu verhalten. Eine Drohung ist es auch nicht, weil der Brief nicht direkt an die Adresse der Arbeiter Windig, sondern an den Unternehmer Herzberg gerichtet war. Die Abtendung des Briefes an den Steinleyermeister Buresch sei nicht erwiesen, und ferner habe dieser angegeben, daß er aus freien Stücken an die Windigs mit der Aufforderung, sich gewerkschaftlich zu organisieren, herangetreten sei. Aus diesem Grunde mußte Fränkel freigesprochen werden.

Hiergegen legte der Anklagevertreter Verufung ein, die vor der Strafkammer in Bries verhandelt wurde. Diese nahm nun als erwiesen an, daß Genosse Fränkel den zweiten Brief an Buresch abgeschickt habe, obwohl dies der Empfänger bestritt. Dadurch habe sich Fränkel der „Anstiftung“ zum Gewerbevergehen schuldig gemacht. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis.

Zu diesem ungeheuerlichen Urteil kam die Strafkammer, obwohl die Beweisaufnahme kein anderes Bild ergab, als die Verhandlung in der ersten Instanz. Im Gegenteil, der Zeuge Buresch bekundete auch vor der Strafkammer auf das Bestimmteste, daß er von Fränkel weder mündlich noch schriftlich aufgefordert worden wäre, die beiden Arbeiter Windig in die Organisation aufzunehmen.

Politische Uebersicht.

Das unerläßliche Mindestmaß.

Der ehemals Scherliche „Tag“ übt Kritik an Rechtsprechung und Verwaltung. Auf den ersten Blick etwas Ungeheuerliches bei einem Organ, das berufen ist, die vereinigten Interessen von Regierung und Großindustrie zu vertreten. Aber man mag sich beruhigen: Der Vorstoß richtet sich nur gegen die unteren Instanzen. Die höchste Instanz, das ist selbstverständlich, hat immer recht, und zu bedauern ist nur, daß nicht selten der Wille untergeordneter Instanzen sich gegen ausdrückliche Vorschriften oder Entscheidungen der höchsten Stellen durchzusetzen versucht:

„Manchmal sieht es fast so aus, als läme es den betreffenden Organen nur darauf an, wenigstens so lange recht zu behalten, bis dem Bürger, der vielleicht eine Konzession erreichen, eine Abgabe bekämpfen oder sonstige seine Interessen wahrnehmen will, der Ruhen weiterer Rechtsverfolgung problematisch geworden ist. Man erläßt mitunter Verfügungen oder Verbote auch auf die Gefahr hin, daß sie vor der Berufungsinstanz nicht bestehen. Bis-diese aber die Sache entscheidet, darüber vergeht soviel Zeit, daß dem Kläger dann praktisch sein Erfolg gar nichts mehr nützen kann.“

Das alles läuft auf böswillige Schikulierungen und bedenkliche Rechtsverkürzungen der Bevölkerung hinaus, und das Donnerwetter soll auf die unteren Instanzen fahren — aber nein, das wäre sozialdemokratisch und revolutionär geredet. Der „Tag“ bleibt sich seines staatsbehaltenden Verufes bewußt und kommt zu dem Schluß:

Dieser Kleinkrieg zwischen Behörden und Bürgern sollte unter allen Umständen auf das unerläßliche Mindestmaß beschränkt werden.“

Man soll also beileibe nicht die heutige Methode gewerkschaftlicher Drangalierungen mit Stumpf und Stiel ausrotten; denn ein gewisses Mindestmaß von Willfür der Verwaltungsbehörden ist erforderlich, damit dem Untertanen nicht der Kamm schmilzt und er sich etwa gar einbildet, ein Staatsbürger zu sein.

Ein politisches Chamäleon.

Aus den Prozessen, die Rudolf Lebins als einstiger geistiger Führer der Gelben mit dem „Vorwärts“ führte, ist unserer Lesern die chamäleonartige politische Wandlungsfähigkeit des Lebins bekannt. Es gibt wohl keine Partei, die der jetzige Besitzer der konservativ-antifemistischen „Staatsbürger-Zeitung“ nicht eine zeitlang mit seiner Person beglückt. Wenn er in Verlegenheit war, welche politische Richtung der seinen am besten entsprach, dann gründete er einfach eine neue Partei, wie seinerzeit, als er sich als Nationaldemokrat bekannte. Für das „Nationale“ hatte er mit Ausnahme der Zeit, als er bei der Sozialdemokratie sein finanzielles Fortkommen suchte, immer eine gewisse Vorliebe. So wird jetzt aus der am 1. April erschienenen Festnummer des nationalliberalen „Markgräfler Tageblatts“ in Schoppeh in Baden bekannt, daß der aufgekaupte Gründer der gelben Verbände auch dort eine längere Gastrolle gegeben hat. Er war an diesem Blatte, das auch damals schon als Sprachrohr der nationalliberalen Wiesentäler Fabrikpächter galt, vom 3. August 1895 bis 1. Juli 1897, also fast zwei Jahre, als leitender Redakteur tätig.

Wo mag Rudolf Lebins, nachdem er sein bei den Gelben erworbenes Vermögen in der „Staatsbürger Zeitung“ verbuttert hat, von neuem auftauchen? Ein so pfiffiger Mann, der sich sogar einen anderen kaufte, um durch Herausgabe einer Broschüre einen unbequemen Zeugen tot zu machen, geht sicher nicht unter. Vielleicht fragt er einmal, wenn er stellungslos ist, beim Generalsekretär der konservativen Partei, Herrn Bruno Schroeter, an.

Die Handlungsgeliffen und die Konkurrenzklause.

Eine Meldung bürgerlicher Blätter besagt, daß die Mehrheit der organisierten Handlungsgeliffen, welche durch die „Soziale Arbeitsgemeinschaft“ vertreten ist, der der „Verband deutscher Handlungsgeliffen zu Leipzig“, der „Verein für Handlungskommiss von 1858“ und der „Verband kaufmännischer Vereine“ (St. Frankfurt a. M.) angehören, gegenüber dem „Unannehmbar“ der Regierung in Sachen der Konkurrenzklause auf dem Standpunkt steht, daß sie eine Regelung und bedingt ablehnen, welche vorsieht, daß der bestehende Rechtszustand betreffend Abgabe auf Erfüllung nach den Wünschen der Regierung geändert wird. Der Wunsch der Regierung bedeute eine so große Verschlechterung für die Handlungsgeliffen, daß damit die übrigen Zugehörigen nicht aufgewogen seien. — Das ist also auch eine glatte Ablehnung des Regierungsvorschlages über die Regelung der Konkurrenzklause.

Gewerkschaftliches.

Das „Kartell der Schaffenden Stände“ und die Handlungsgehilfen.

Die ungeheure Rückständigkeit, die sich hinter der sozialpolitischen Arbeit gewisser großer Handlungsgehilfenverbände verbirgt, zeigt sich am deutlichsten in der Haltung, die sie zu den sie umgebenden allgemeinpolitischen Vorgängen einnehmen. Die ganze Hohlheit z. B., die in dem Wortradikalismus des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes liegt, kann gar nicht besser dargestellt werden, als durch seine freundschaftlichen Beziehungen zum Bund der Landwirte, zum Alldeutschen Verband und ähnlichen Organisationen. Daß von hier bis zur offenen Unterstützung der schlimmsten Scharfmacherkoalitionen oft nur ein Schritt ist, haben wir erst kürzlich nachgewiesen, indem wir über die Anbiederungsversuche berichteten, die ein Vertrauensmann des Deutschnationalen Verbandes im Rheinland in einer Versammlung mit Agrarier unternehmen hat, um die Handlungsgehilfen mit dem „Kartell der Schaffenden Stände“ zu verknüpfen, jener von dem Zentralverband der Industriellen, dem Bund der Landwirte und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband gegründeten Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung jeglicher Sozialreform.

Zunächst dieses Vorgehen durch Anweisungen der Verbandsleitung angeordnet oder ausgelöst worden ist, läßt sich nicht feststellen. Wahrscheinlich wird der Deutschnationale Verband sogar jede Verantwortung für dieses Verhalten eines „einzelnen Mitgliedes“ ablehnen und gegebenenfalls erklären, daß der „Verband als solcher“ keinerlei direkte Beziehungen zu den genannten Organisationen unterhalte. Um so wertvoller ist eine höchst offizielle Kundgebung, die uns heute vorliegt und die den Verbänden der Deutschnationalen, den Verband fath. Kaufm. Vereinigungen zum Urheber hat. Dessen Verbandsauschuß, das ist eine aus Vertretern des ganzen Reiches zusammengesetzte Körperschaft von sehr maßgeblichem Charakter, hat in seiner letzten Sitzung beschlossen:

Der Verbandsauschuß begrüßt die Entwicklung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes als das erfreulichste Anzeichen einer erstarrten Mittelstandsbewegung und fordert alle Ortsvereine auf, sich den Ortsstellen des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes anzuschließen. In der Ueberzeugung ferner, daß eine einseitige und ausschließliche Betonung der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Volksschichten zu einer sozialen Verdrängung, vielmehr zu einer schweren Krise führen muß, begrüßt der Verbandsauschuß die Bestrebungen, welche eine Gemeinschaftsarbeit der einzelnen Berufsstände zum Ziele haben. In dieser Hinsicht wird das sogenannte Kartell der Schaffenden Stände eine hohe Aufgabe erfüllen, wenn es an der Grundauffassung festhält, daß alle Stände durch die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Interessen verbunden sind. Diese Interessengemeinschaft besteht nicht nur zwischen den selbständigen Erwerbstätigen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk, sondern auch zwischen diesen und den arbeitnehmenden Berufsständen. In der Voraussetzung, daß das Kartell der Schaffenden Stände auf dieser Grundlage seine Aufgabe nach wie vor zu erfüllen sucht, hält der Verbandsauschuß die weitere Mitarbeit des Verbandes an diesen Bestrebungen für dringend notwendig und empfiehlt das gleiche seinen angeschlossenen Ortsvereinen.

Das ist deutlich und macht jeden Kommentar überflüssig. Verbände, in denen solche Dinge möglich sind, haben keinen Anspruch darauf, als Vertreter von Angestellteninteressen angesehen zu werden. Jeder aufgeklärte Handlungsgehilfe sollte es als seine Pflicht betrachten, derartigen Gebilden den Boden abzugraben und durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen zu ihrer baldigen Ueberwindung beizutragen. Dabei ist jede unterschiedliche Behandlung der einzelnen Harmonieverbände vom Uebel. Ob die einen nun das „Kartell der

schaffenden Stände“ und die anderen den Hanfabund unterstützen — im Grunde ist es doch dieselbe unternehmerfreundliche, jeder radikalen Sozialpolitik abholden Gefinnung, die den Ursprung aller reaktionären Handlungen bildet.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Töpfer! Die Sperre über die Firma Semon hat sich erledigt. Herr Kaufmann Semon hat den Meisterarif mit 3 Proz. Aufschlag schriftlich anerkannt. Ferner ist vereinbart, daß sämtliche Streitenden sofort wieder eingestellt werden und auch sonst niemandem gemahregelt werden soll.

Weiter machen wir ganz besonders darauf aufmerksam, daß es unbedingt notwendig ist, auf allen Gauen Vertrauensleute zu wählen. Letztere haben die Pflicht, sofort ihren Bau zu melden. In der nächsten Woche findet eine Bauvertrauensmännerversammlung statt. Näheres darüber in einer demnächst erscheinenden Vorwärts-Annonce. Die Verbandsleitung.

Achtung, Maßschuhmacher! In der Sonntag-Kammer der Berliner Volkszeitung sind im Arbeitsmarkt mehrere Annoncen enthalten, durch welche arbeitswilige Maßschuhmacher gesucht werden. Die Firmen S. Dettler, Friedrichstraße 52/53, und Siegel suchen Arbeiter auf schriftlichem Wege, die Firma Lena, Mittelstr. 34, will für arbeitswilige die Arbeit abholen und hinbringen. In regulären Zeiten müssen die Arbeiter (meist Heimarbeiter) oft stundenlang auf Arbeit warten.

Das böse Gewissen muß diesen Herren, die als Hofschuhmachermeister beste Arbeit für großen Lohn verlangen, doch wohl zu sehr schmerzen, so daß sie auf diesem Umwege nach Arbeitskräften suchen. Die Jugendländische gerade von diesen Firmen waren so minimal, daß sie mit der Hauptschuld am Kampfe tragen.

Wir erlauben unsere Kollegen, bevor sie in irgend einem Maßgeschäft Groß-Berlins Arbeit annehmen, sich im Streikbureau, Oranienstraße 103, bei Augustin, oder im Verbandsbureau, Engelwer 14/15, zu melden. Mögen unsere Kollegen allerorts Solidarität üben, dann werden unsere Hof- und Maßschuhmachermeister mit ihren Streikbrecherannoncen wohl kaum auf ihre Rechnung kommen. 103 Kollegen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen, und was bei den Schuhmachermeistern, die außerhalb der Arbeitgeberorganisation stehen, möglich war, sollte den Herren, die der Organisation angehören, nicht schwer fallen. Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Die Berliner Lederarbeiter beschließen am Sonntag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, an alle Arbeitslose der Zahlstelle zum Osterfest eine einmalige Unterstützung von 10 M. auszuzahlen. Ferner fand ein Antrag der Zweidrittelmajorität, wonach vom 1. April d. J. ab eine Erhöhung des Lokalbetrags um 10 Pf. bis auf weiteres eintritt.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die Sperre über die Bierhallen zur Kottbuser Straße, Inhaber Herr Berndt, Kottbuser Damm 73, Ecke Lenastraße, wird hiermit aufgehoben. Herr Berndt hat den Tarif der Organisation anerkannt.

Kaufstehende Betriebe sind nach wie vor gesperrt: Spezialauschank der Brauerei Oswald Berliner, Alexanderplatz, Ecke Neue Königstraße (Geschäftsführer Herr Kempf). — Restaurant Biemarshöhe (Inhaber Herr Altentrup). Berder a. Dabel. — Familienrestaurant (Inhaber Herr Kroll). Berlin, Kottbuser Damm 83.

Die Inhaber dieser Lokale lehnen jede Vereinbarung mit der Organisation ab.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Berlin I.

Deutsches Reich.

Vergherenterrorismus.

Wenn die Veraberren lassen, dann tun sie das gründlich. Und wenn sie Arbeiter verfolgen, kennen sie keine Grenzen. In Jwidau wurde 1912 zum Vergarbeiterstreik auch vom Jwidauer Steinlohlenbauverein eine Anzahl Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt und den im Vergarbeitsverein organisierten Unternehmern zum Ausschluß empfohlen. Einer der betroffenen Arbeiter ist bis jetzt noch geächtet. Er fand nie wieder Arbeit im Vergarbau und war deshalb in der Zeit bis zum Jahresabschluss 1913 öfter und insgesamt 25 Wochen arbeitslos. Eines Tages erfuhr er bei einer erneuten Nachfrage nach Arbeit auf einem Werke, daß er von Mitgliedsfirmen des Vergarbeitsvereins Jwidauer Steinlohlenbauverein seinen Namen von der Liste gestrichen habe. Eine zu diesem Zwecke erfolgte Vorstellung des Betroffenen beim Direktor dieser Gewerkschaft wurde schroff abge-

wiesen. Nun erhob der Arbeiter Schadenersatzklage beim Landgericht Jwidau. Das Gericht hat jetzt den Jwidauer Steinlohlenbauverein und den Vergarbeitsverein zur gemeinsamen Verzahnung von 401,40 M. Lohnersatz an den Arbeiter und zu dem Hauptteil der Kosten verurteilt. Soweit sich die Forderung auf die ersten zehn Wochen erstreckte, wurde sie abgemessen, weil innerhalb dieser Zeit die Aussperrung des Arbeiters als berechtigt anzuerkennen sei. Eine weitere Klage für die Lohnverluste des Arbeiters seit Jahreschluss 1913 wird anhängig gemacht.

Reclam und der Buchbindertarif.

Schon seit dem Jahre 1897 bestehen zwischen dem Buchbinderverbande und dem Verbands Deutscher Buchbindermeister für die drei Tarifstädte Berlin, Leipzig und Stuttgart tarifliche Vereinbarungen. In den genannten Städten gibt es kaum noch einen nennenswerten Betrieb, der sich diesen Vereinbarungen nicht angeschlossen hätte, besonders in Leipzig nicht.

Eine seltene Ausnahme hiervon macht die Buchbinderei Karl Fricke, deren alleiniger Auftraggeber die weltbekannte Firma Philipp Reclam in Leipzig ist. Schon seit Jahren führt die Buchbinderorganisation mit jenen beiden Firmen Krieg, ohne daß es bisher gelang, jene Leute davon zu überzeugen, daß es eine einfache Anstandsspflicht ist und im Interesse des Berufes liegt, wenn sie sich dem anpassen, was tausend andere Unternehmer für Recht erkannt haben.

Die Leipziger Organisationsleitung des Buchbinderverbandes hielt es für ihre Pflicht, auch in diesem Jahre mit den genannten Firmen wegen Anerkennung des Tarifvertrages in Verbindung zu treten. Aber genau wie in den Jahren zuvor wurde auch diesmal das durchaus berechnete Verlangen abgelehnt. Die Firma Karl Fricke zahlt ihren Buchbindern Stundenlöhne von 37, 38, 41, 42 Pf. und nur ein schon 10 Jahre im Betrieb tätiger Gehilfe erhält den Lohn von 51 Pf., während der Tariflohn in Leipzig als Mindestlohn 56 Pf. vorliegt. Genau so steht es mit den Arbeiterinnen. Ihnen zahlt die Firma Löhne von 16, 18, 19, 20, 22 und 24 Pf., während der Mindestlohn 30 Pf. beträgt. Herr Fricke erklärte dem Vertreter des Buchbinderverbandes bei persönlichen Verhandlungen, er wäre nicht in der Lage, den Tarifvertrag anzuerkennen, denn seine wiederholten Vorstellungen bei der Firma Reclam um eine bessere Verzahnung ihrer Arbeiten seien bisher immer gänzlich abgelehnt worden. Der Verbandsvertreter, der das nicht glauben wollte und auch nicht glauben konnte, wandte sich deshalb schriftlich an die Firma Reclam. Die Firma schrieb der Leipziger Verbandsleitung: „Auf Ihren Brief... teile ich Ihnen mit, daß ich in der Tat der Firma Karl Fricke schon vor Jahren erklärte mußte, daß es mir bei den feigelegten und aus vielen Gründen keine Erhöhung vertraglichen Lohnpreisen meiner Verlagswerke ganz unmöglich ist, höhere Preise für die Buchbinderarbeiten zu zahlen.“ — Die Firma Reclam, die ihre Produkte auf allen Bahnhöfen anpreist, kann angeblich keine höheren Preise bewilligen. Und die Buchbinderei Karl Fricke vermag aus diesen Gründen ihren Arbeitern und ihren Arbeiterinnen den ihnen zurechnenden Lohn nicht zu zahlen. So steht es um die weltbekannte Reclam-Bibliothek!

Der Tarifvertrag der Bleichstärker in Nürnberg, der am 1. April zur Kündigung stand, ist auf ein Jahr bis 30. Juni 1915 verlängert worden. Die über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Wochenlohn von 24 M. und von 18 M. erhalten eine Lohnzulage von 1 Pf. die Stunde, die Tagelohnarbeiter über 22 Jahre mit einem Wochenlohn unter 24 M. eine Zulage von 2 Pf. die Stunde, ab 1. Juli 1914. Die gütliche Vereinbarung ist wohl mit auf die wenig günstige Konjunktur in diesem Industriezweig zurückzuführen. Besonders das Ausfuhrgeschäft leidet unter starkem Druck. Der Export nach den mexikanischen und südamerikanischen Absatzgebieten leidet unter politischen Wirren und Finanzkrisen. Der Export von Bleichstärken nach Dänemark und Japan ist stark zurückgegangen, da diese Länder in der letzten Zeit ihren Bedarf mehr und mehr durch Eigenfabrikation decken, die sie mit aus Nürnberg bezogenen Maschinen betreiben.

Der Kampf der bayerischen Glasarbeiter und die Christlichen. Die Aussperrung der Arbeiter in den bayerischen Hohlglasbläsereien scheint zur unabwendbaren Tatsache zu werden. Die Werke befinden sich zum Teil in der Oberpfalz und im bayerischen Wald, wo reichlich Wasserkräfte und billige Arbeitskräfte vorhanden sind. Die Glasarbeiter befinden sich in einer sehr elenden Lage, daß nirgends jämmerlichere Zustände angetroffen werden können. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 16 bis 18 Stunden; der auf die Stunde kommende Durchschnittslohn geht nur selten über 15 Pf. hinaus.

Kleines Feuilleton.

Berliner Kulturbilder. Kürzlich veröffentlichte das „Tageblatt“ eine Kladderel, die „Japanisches Restaurant“ betitelt war und folgendermaßen begann:

Berlin wird auch in kulinarischer Hinsicht immer internationaler. Noch vor zwanzig Jahren war es wegen seiner Kost berühmt und berührt. Heute aber kann man hier, sofern der Magen danach ist, ethnographische Tafelstudien treiben. Kann an einem und demselben Tag des Morgens englisch fröhlich, kann vormittags mit schwedischen Gobelissen den Appetit reizen, mittags urorientalisches Beinfleisch und Lopenstrudel essen und abends — um den Dreißigsten nicht zu gefährden — Risotto und Frittoli di more mit echtem Chianti hinabschlucken. Wer's aushält, mag dann noch türkischen Kaffee schlürfen und sich zum Schluss die Magenwände mit amerikanischen Cocktails verbrennen. Es fehlt an gar nichts mehr. Sogar auf japanisch kann man in Berlin bereits tafeln.

Und nur zwei Tage später berichtete die Kurze Chronik eines andern Blattes trocken folgendes:

Der Bauarbeiter Vohl, Wichtenberg, Simplonstr. 18 wohnhaft, vergiftete sich gestern mit Gas wegen dauernder Arbeitslosigkeit. — Wegen Nahrungsorgen erhängte sich gestern der ledige Maurer Wilhelm Dorn in seiner Wohnung in der Hofmeisterstr. 15. Als man ihn auffand, war er bereits tot.

Wie gesagt, es fehlt in Berlin an gar nichts mehr. Der eine kann, sofern sein Magen danach ist, ethnographische Studien treiben, aber den anderen, den Proletarier, treibt der Hunger in den Tod. Der eine verbrennt sich zum Schluss den Magen mit amerikanischen Cocktails, aber der andere macht mit seinem Leben Schluss, weil ihn die Magenwände vor Hunger bersten. Früher war Berlin wegen seiner Kost berühmt. Aber das ist schon lange her. Heute ist sie gut, und der Bekleidende, der neben anderen auch einen kultivierten Gaumen sein eigen nennt, hat keine Ursache zu klagen. Es ist alles da für ihn. Die Berliner Küche steht endlich auf der Höhe und nur der Arbeiter ist noch zurück. Er nimmt sich, weil er nicht länger hungern kann, das Leben, und es ist doch alles da. Ihr härt es doch.

Ein Verzeichnis verbotener Bücher und Zeitschriften gibt der „Börsenverein für den deutschen Buchhandel“ in nächster Zeit mit dem Schlagwortregister usw. versehen heraus, das die Verbote von 1903 bis 1913 (Juli) umfaßt. Schon vor einiger Zeit wurde das gesamte Material im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ (Jahrgang 1914, Nr. 7/9) veröffentlicht. Die Nennungen, nach dem „Deutschen Jahrbuch“, direkten Zeitschriften und Berichten über Gerichtsverhandlungen zusammengestellt, ergeben rund 900 Titel von Werken und Zeitschriften (eine Reihe davon hatten mehrmalige Beschlagnahmen zu verzeichnen). Dem Inhalt nach sind 188 Publikationen politischen, einige davon auch religiösen Charakters. Die verbleibende Hauptzahl ist sexuel resp. pornographischer

Natur. Wieviel Werke darunter ernst wissenschaftlichen oder künstlerischen Charakters sind, läßt sich natürlich allein nach den Titeln nicht feststellen.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß derartige Zusammenstellungen veröffentlicht wurden. Bekannt ist der Versuch unseres verstorbenen Genossen Ignaz Kauer in seinem Werk: „Nach 10 Jahren“ (Neudruck, Nürnberg 1913, Seite 334—354), der für die Zeit vom Beginn des Sozialistengesetzes bis zum 28. Oktober 1888 an verbotenen Schriften nachweist: 454 Flugblätter, 1067 nicht periodische Druckschriften und 232 periodische Druckschriften (außer Doppelverboten). Von diesen Verboten bestehen eine Anzahl noch heute oder sind aufs neue erlassen worden, die das „Börsenblatt“ noch nicht einmal aufzählt.

Weiter existiert ein Verzeichnis von Verboten von 1832—1882 in F. H. Reuters „Mitteilungen zur inneren Geschichte des deutschen Buchhandels“, Band 14 (Leipzig 1891), und ferner in verschiedenen Aufzeichnungen im „Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels“, das 20 Bände umfaßt.

Als erste Quellen für die Erforschung der Materie kommt für die neueste Zeit das schon genannte „Deutsche Jahrbuch“ (Berlin) mit seinen vierteljährlichen Zusammenstellungen in Frage und für die frühere Zeit das „Breitische Volksblatt“ sowie diejenigen anderer deutscher Einzelstaaten. Eine vollständige Verarbeitung des vorhandenen Materials ist leider noch nicht geleistet worden und wohl auch in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Das Forscherinteresse im Buchhandel muß natürlich hinter das materielle zurücktreten.

Musik.

Am Sonntag gaben die vereinigten Männerchöre „Sänger-Abteilung I“ und „Männerchor Norden“ unter Leitung von Paul Kurz in Saale der Brauerei Friedrichshafen ein großes Vokalkonzert. Das Programm war aus Kunstchören, vokalstämmlichen und heiteren Liedern zusammengestellt. Gleich zu Anfang standen die Vögelchöre aus Baguers Tanzhäuser mit Orgelbegleitung. Warum sie, statt in Es-dur, was zweifellos dunklerfarbiger, feierlicher klang und sich also vollkommen mit ihrem Charakter deckt, in G-dur und F-dur gefungen wurden, ist nicht recht einsehbar. Beide Tonlagen, sind zu hoch und hell. Davon abgesehen, kann die Stimmung durch die mitgehende Orgel vertieft werden. Leider ist das vorhandene Instrument in seinen verschiedenen Registern von 50 ungleichen Klangqualitäten, daß es, selbst bei sicherer Bemessung der Registriertechnik, manchmal geradezu peinvolle Wirkungen auf Gehör ausübt. Die Aufnahme dieser ungemein schwierig gelegenen Chöre in das Vortragsprogramm unserer Arbeitergesangsvereine ist gützuweisen. Sie geben, als a capella-Chöre, für deren Leistungsfähigkeit einen Prüftest ab, wie er nur einmal in dieser merkwürdigen Art zu finden ist.

Den breitesten Raum nahmen die Volklieder ein. Und mit Recht. Auf diesem Gebiet dürften die Kurzigen Sänger kaum eine

Konkurrenz zu scheuen haben. Daß neben einer schönen Dynamik hauptsächlich auf den Emklang zwischen Text und Melodie sorgfältig Bedacht genommen wird, geriet dem Vortrag sehr zu seinem Vorteil. Musterhaft werden die meisten dieser Lieder zu Gehör gebracht; einzig fälschlich „Schelmlied“, „Sänerdes Höllenfahrt“, „Kling lang gloria“, ferner Schubert und Brahms. Der Dirigent war mit drei Chören, darunter zwei neuen, vertreten: „Rum laugen die Weiden zu blühen an“ und Richard Dehmels: „Wiegenlied für unsere Jungen“, gebaltvolle Chöre, in denen der jeweilige Textinhalt so charakteristisch als melodisch reizvoll getroffen ist.

Im einzelnen wird noch mancherlei zu feilen sein. Hier und da, zumal bei Triolenläufen („Kuffing“) und raschen Tempi leidet die Klarheit der Aussprache und Vortragsart; zuweilen ist auch die Intonation etwas unbestimmt. Uebrigens läßt sich in „Kling lang gloria“ ein Solobassstimm von respektablem Organ und schönem Vortrags hören. — Herr Kempf mit Frau Bianca Leder-Samolewska aus Potsdam ergänzen das Vokalensemble durch solistisches Orgel- und Geigenpiel und erwiesen sich als vortreffliche Beherrscher ihrer Instrumente. ek.

Notizen.

— Ein literarisches Vermächtnis Paul Gense. Noch 1913, als Vierundachtzigjähriger, hat sich der Dichter an die Ausfertigung eines literarischen Planes begeben, nämlich Lustspiele, die an dem Hofe der Medici gespielt wurden, zu überlegen. Er hat noch drei Stücke von Lorenzo di Medici, Ariost und Machiavelli (von letzterem die verfeimte Maciagola) übertragen. Sie werden im Verlag von Eugen Diederichs in Jena erscheinen.

— Kunstchronik. Bruno Taut, der das erste Haus aus Glas für die Weltbühnenausstellung Köln erbaut, zeigt das Modell dieses Hauses (1:10) auf der neuen Kunstausstellung des Sturms, Potsdamer Str. 134a. Auf ihr sind ferner Gemälde, expressionistische wie futuristische und kubistische Bilder ausgestellt.

— Gastspiele des Deutschen Theaters im Metropol. Am Gründonnerstag und am Sonnabend vor Ostern finden im Metropoltheater Ensemble-Gastspiele des Deutschen Theaters statt. Gegeben wird Donnerstag „Der liebende Leichnam“ von Leo Tolstoi und Sonnabend Hofmannsthal's „Federmann“.

— Tolstoi-Museum und Tolstoi-Bibliothek in Moskau. Wie uns aus Moskau berichtet wird, hat die städtische Kommission beschlossen, daß das Tolstojische Haus in Chamowitski in seinem heutigen Zustande erhalten bleiben und auf demselben Grundstück ein großes Gebäude zur Unterbringung einer Bibliothek, eines Museums und einer Elementarschule auf den Namen Leo Tolstoj errichtet werden soll. Schließlich sollte die Kommission den Entschluß, in einem anderen Stadtteil Moskaus ein Tolstojhaus auf den Namen Leo Tolstoj zu errichten.

Das Gegenstück zu diesen Tolstoj-Schritten bildet ein Beschluß der Moskauer Gerichtskammer, Leo Tolstoj's Wochenschrift „Jahlang nicht schweigen“ zu vernichten.

Und diese elende Lage auch nur einigermaßen zu verbessern, weigert sich das schwerverrichtete Unternehmertum mit aller Entschiedenheit. Vor drei Jahren wurde mit dem Glasarbeiterverband ein Vertrag abgeschlossen, der keine wesentlichen Vorteile brachte. Es wurde ihm von den Arbeitern nur deshalb zugestimmt, weil damals noch eine sehr bedeutende Zahl unorganisiert vorhanden war. Am 8. März d. J. war der Vertrag aufgelöst. Schon viele Monate vorher hatten die Arbeiter in zahlreichen Versammlungen und Konferenzen zur Frage Stellung genommen und zuletzt beschlossen, den Tarif am 1. Dezember 1913 zu kündigen und für den Neuabschluss Forderungen zu stellen. Die Unternehmer ließen die Kündigung 14 Wochen lang unbeantwortet. Erst am Tage vor dem Tarifablauf teilten sie dem Gauleiter mit, daß die bisher gewährte Feuerungszulage noch bis zum 28. März weiter gewährt, dann aber in Bezug kommen werde, wenn bis dahin nicht der bisherige Tarif auf mindestens drei Jahre erneuert sei. Außerdem würden am 18. April sämtliche Betriebe geschlossen. Durch dieses brutale Auftreten sollen die Arbeiter eingeschüchtert werden. Das geht aber jetzt nicht mehr so leicht, da sie zum größten Teil jetzt im freien Verbandsorganisiert sind. Noch ist aber der Kampf nicht entbrannt und schon beginnen die Christlichen wieder ihr berräterisches Spiel; sie biedernd sich bei den Unternehmern an, lassen Briefe über Briefe nach Kirch flattern, in denen die Haltung des Glasarbeiterverbandes herabgesetzt, die Tarifkündigung verurteilt wird usw. Dadurch stärken sie dem Unternehmertum den Rücken und suchen die Maßnahmen des freien Verbandes zu durchkreuzen zum Schaden der Arbeiterschaft, deren Interessen sie angeblich vertreten wollen.

Achtung, Klempner! Die Tarifverhandlungen im Klempnergewerbe sind gescheitert für die Orte Karlsruhe, Freiburg i. Br., Konstanz und Singen. Die Arbeiter treten am 6. April in den Ausstand. Zugang ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Generalfreie in Genf?

Die zehnte vierteljährliche Dauer des Tischlerstreiks in Genf hat nun zur Diskussion des Generalfreies geführt. Eine zahlreich besuchte Vorstanderversammlung der Gewerkschaften hat sich im Prinzip für den Generalfreie erklärt, wenn die Tischlermeister nicht bald mit ihren streikenden Gehilfen sich einigen. Da aber einige Gewerkschaften wegen verpöhlter Einladung nicht vertreten waren, wurde die definitive Beschlussfassung über diese Frage einer nächsten Versammlung vorbehalten.

Aus der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aufgehobenes Urteil.

Wie in vielen Vorleisungshandlungen, so war auch in der Buchhandlung der „Rheinischen Zeitung“ in Köln die Brochüre „Minderlegen und Arbeiterklasse“ konfisziert worden, und die Kölner Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Expedienten Deder wegen angeblicher Verbreitung unzüchtiger Schriften zu einer Geldstrafe von 20 M. Wenn auch das Buch, so hielt es in den Urteilsgründen, nicht in der Absicht geschrieben sei, die Geschlechtslust zu reizen, sondern einen Spillapparat empfehle, so läßt sie doch wohllos in die Hände verheirateter und unverheirateter Personen, die durch die Lesüre nur ihre Lüsterheit reizen wollten. Der Angeklagte müsse diesen Charakter der Schrift gekannt haben. — Das Reichsgericht erklärte jetzt die Revision Deder's für begründet, der gerügt hatte, daß die objektive Unzüchtigkeit in seiner Weise festgestellt sei. Auch der Reichsanwalt betonte, daß das Kölner Landgericht den Begriff der Unzüchtigkeit verkannt habe; es hätte die Feststellung treffen müssen, daß die Schrift das im Volke herrschende Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung verletze.

Preßprozeß.

Wegen Verleumdung eines Aukhaber Fabrikanten wurde der verantwortliche Redakteur des „Wolfsbacher Volksblattes“, Genosse Scherz, vom Schöffengericht zu Eisenach zu 40 M. Geldstrafe verurteilt.

Nachklänge von der württembergischen Landtagswahl.

Vor der Ulmer Strafkammer wurde vom 1. bis einschließlich 4. April ein Prozeß verhandelt, der in Württemberg großes Aufsehen macht. In verschiedenen Artikeln hatte die „Freie Volkszeitung“ in Göppingen die überaus mangelhafte Auffstellung der Wählerliste zur Landtagswahl 1912 der Gemeinde Donsdorf kritisiert; ebenso den Ausschluß des sozialdemokratischen Gemeinderats Meyger aus einer Sitzung des Gemeinderats, als wegen eines Disziplinarverfahrens, das gegen ihn eingeleitet werden sollte, beschlossen wurde. Des weiteren behandelte die „Freie Volkszeitung“ Zustände in der Gemeindefestge, wegen welcher das Oberamt des öfteren einschreiten mußte. Auch andere Mißstände, die dem Ortsvorsteher zur Last fallen, wurden kritisiert. Eine Bürgerversammlung, die von über 200 Personen besucht war und in der Genosse Mattia referierte, forderte die sofortige Abänderung des Schultheiß Emmann. Es wurde aber nicht gegen Emmann das Disziplinarverfahren eingeleitet, sondern die Staatsanwaltschaft gab einer Anzeige Emmanns wegen Verleumdung statt und stellte gegen Genossen Kohrer als verantwortlichen Redakteur der „Freie Volkszeitung“, ebenso gegen die Genossen Meyger und Im. Schmid Strafantrag wegen Verleumdung. Zur Verhandlung, die erst jetzt stattfand, waren 38 Zeugen geladen. Aus deren Aussagen geht hervor, daß die Regierung alle Veranlassung hat, die unbillbaren Zustände in der Donsdorfer Gemeindefestverwaltung zu ändern. Der Wahrheitsbeweis ist unseren Genossen zwar nicht in allen Punkten, die in den 14 unter Anklage gestellten Artikeln besprochen waren, gelungen, jedoch der moralische Sieg liegt auf unserer Seite. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis gegen Kohrer und einen Monat gegen Meyger. Das Gericht verurteilte Genossen Kohrer zu vier Wochen, Genossen Meyger zu zwei Wochen Gefängnis. Genosse Schmid wurde freigesprochen.

Der Prozeß hat der „Freien Volkszeitung“ eine große Anzahl neuer Abonnenten gebracht.

Jugendbewegung.

Gewalttätigkeit der Königsberger Polizei.

Wie in früheren Jahren, so beabsichtigte der Arbeiterbildungsverein in Königsberg i. Pr. auch in diesem Jahre am Palmsonntag im Vereinslokal der freireligiösen Gemeinde eine Schulentslassungsfest zu veranstalten. Das Programm, die Orgelvortrags, Rezitationen, Gesänge, eine Festrede und Klavierkonzerte vorzuzug, ließ das Rednerische absichtlich stark in den Hintergrund treten und hielt sich durchwegs im Rahmen sonstiger derartiger Veranstaltungen. Die Proletarierjugend sollte diesmal um ihre kleine, friedliche Feier kommen, denn mehrere Polizeikommissare drangen widerrechtlich in den Saal ein und vertrieben gewaltsam alle Jugendlichen unter 18 Jahren, noch ehe das Fest überhaupt begonnen, mit der Begründung, es handele sich um eine öffentliche politische Versammlung.

Der Obmann der Königsberger Arbeiterjugend, Arbeitersekretär Franz Krüger, der gegen das Vorgehen der Polizei protestierte, wurde verhaftet und gewaltsam herausgedrückt. Auf dem Hofe und auf der Straße waren wohl ein Dutzend uniformierter Polizisten und zahlreiche „Geheime“ postiert. Im Torweg ließ man dann den Genossen Krüger, der von einem Polizeikommissar „Dummes Wengel“ beschimpft wurde, los.

Der zweite Gewalttät spielte sich etwa eine halbe Stunde später im Jugendheim in der Nikolaistraße ab. Die jungen Leute, die sich dort mit Schachspielen, Gesängen und Rezitationen vergnügten,

hatten, um unliebsame Störenfriede fernzuhalten, die Türe verschlossen.

Die Polizei erbrach die Tür gewaltsam und mehrere Kommissare und Schutze drangen in das Jugendheim ein, vertrieben unter Stoßen und Herren die Jugendlichen und verhafteten Genossen Krüger, der sie auf den Einbruch aufmerksam machte, zum zweiten Male! Auch ein junges Mädchen von etwa 20 Jahren wurde auf die Polizeiwache geschleppt. Krüger wurde, nachdem man ihm auf dem Polizeipräsidium wie einem Verbrecher alle Taschen entleert, gegen das Versprechen, nicht mehr nach dem Jugendheim zurückzukehren, um 8 Uhr abends entlassen.

Beide Vorgänge hatten infolge des starken Polizeiausgebots beträchtliche Menschenansammlungen zur Folge. — Gegen das Vorgehen der Polizeibehörde wird selbstverständlich Beschwerde eingelegt werden. Die Königsberger Jugendbewegung dürfte infolge dieser polizeilichen Agitation bald gute Fortschritte machen.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 8 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Willkommen! Ein Ostergruß an unsere schul-entlassenen Freundinnen und Freunde. Von Jürgen Brand. — Aus der Leidensgeschichte der proletarischen Jugendbewegung. (Schluß.) Von Bernhard Löwe. — Fürstenlegende. Von Richard Weimann. — Zukunft. Gedicht von Martin Treiber. — Mit Pfeil und Bogen. Von Hans von Stäffl. (Mit Abbildungen.) — Ferien und Reisen der Arbeiterjugend. Von A. Essinger. — Gerade durch! Von W. Masche. — Des Zehnjährigen Leidenschronik. Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Das verlorene Paradies. Von F. Boutet. — Vom Kino. (Ein Gespräch.) Von Fritz Eloner. — Kinematographische Tricks. Atelierheimnisse einer Kinofabrik. (Mit Abbildungen.) — Karl Hensel ein Glückwunsch. Von Max Boensgen-Albertin. — Wissenswertes von der Sprache. — Zwei Helden. Humoreske von Anton Tschekow.

Aus der österreichischen Jugendbewegung.

Unmittelbar vor der internationalen Jugendkonferenz findet in Wien am 20. August eine Reichskonferenz des Verbandes der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs statt, aus deren Tagesordnung außer den Tätigkeitsberichten besonders Referate über die Gründung von Bezirksorganisationen und über die neue Schriftenabteilung hervorzuheben sind.

In Reichenberg findet zu Pfingsten ein großer nordböhmischer Jugendtag unter Mitwirkung des Jittauer Stadtvorstehers und hervorragender Kunstkräfte statt. Für die Festrede wurde Genossin Dr. Rosa Luxemburg-Berlin gewonnen.

Aus Industrie und Handel.

Syndikatsorgen.

Auf der gestrigen Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft wurde von einzelnen Aktionären lebhafteste Klage darüber geführt, daß die Gesellschaft durch ihre Preispolitik die Roheisenabnehmer (Eisenwerke) schwer schädige und die dauernde gewaltige Expansion von „Gelsenkirchen“ den reinen Eisenwerken das Leben recht sauer mache. Ein Aktionär drohte dabei, falls die Gesellschaft nicht weniger rigoros aufträte, müsse die Regierung angegangen werden, zollpolitische Maßnahmen zu treffen, um den Niedergang vieler kleiner Industrien zu verhüten. Hauptächlich sei dabei die Aufhebung oder Aenderung des Roheisenzolls ins Auge zu fassen, da er die gemischten Werke in den Stand setze, auf Kosten der inländischen Verbraucher zu billigen Preisen an das Ausland zu verkaufen. Generaldirektor Kirdorf erwiderte darauf, daß er zu einer „Verständigung“ bereit sei. Diese Forderung hat natürlich keine Bedeutung, denn ein großes gemischtes Werk wie „Gelsenkirchen“ wird und kann gar nicht auf die technischen und wirtschaftlichen Vorteile verzichten, die ihm durch die Herstellung und Verarbeitung der Rohstoffe bis zu den Fertigfabrikaten im gleichen Betriebe erwachsen. Die Eisenwerke, die auf den Ankauf der Rohstoffe angewiesen sind, müssen weniger konkurrenzfähig sein.

Weit ausführlicher und bereitwilliger antwortete Kirdorf auf Anfragen nach dem Stand der Roheisen-Syndikats-Verhandlungen. In seiner forschenden Art, die den Arbeitern bekannt genug ist, wandte sich Kirdorf diesmal gegen die reinen Roheisen, die den neuen Syndikatsvertrag einschließlich der Verbeibehaltung der Vorzugsstellung der Hüttenwerke nicht unbeeibehalten schlucken wollen. Kirdorf verteidigte sich sogar auf der Behauptung, die Hüttenwerke hätten stets nachgegeben, aber die reinen Roheisen seien unerträglich in ihren Forderungen; die Hüttenwerke seien von den reinen Roheisen in die Defensive gedrängt worden! Sehr scharf nahm Kirdorf auch gegen den Fiskus Stellung:

„Im Parlament ist der Minister für die unbedingte Erhaltung des Roheisen-Syndikats eingetreten. Wenn er dazu bereit ist, dann sei es unsehbar, daß die Bergwerksdirektion von Reddinghausen Abstände in Roheisen bis 1925 außerhalb des Syndikats für tätigen suchte. Es fehle ihm (Redner) jedes Verständnis dafür, warum man vorher die Kohlen in Hände zu bringen suchte, mit denen nachher das neue Syndikat eine Verständigung anbahnen muß. Der Minister soll auf Verlangen darüber geantwortet haben, daß er sich um Einzelheiten des Verkaufes nicht kümmere. Das Vorgehen des Fiskus muß auch andere Roheisen veranlassen, sich vorher zu binden, und dadurch wird das neue Syndikat in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht. Tatsächlich verkaufe auch der Fiskus schon große Mengen Roheisen in das Siegerland zur Lieferung bis 1921, d. h. bis zum Abschluß des neuen Syndikatsvertrages. Der Standpunkt des Fiskus sei so unsehbar, daß ich mich Bedenken wegen des neuen Syndikats nicht zu unterdrücken find. Das neue Syndikat werde auf jeden Fall zustande kommen; ob es aber auf einer gesunden Grundlage sich befinde und eine Verbesserung statt Verschlechterung bringen werde, siehe dahin.“

Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß der Fiskus sich noch möglichst große Vorteile vor dem Beitritt zum Syndikat zu sichern sucht — aber nur Vorteile in eigenen fiskalischen Interesse. Von einer Wahrung der Konsumenteninteressen kann heute so wenig wie früher dabei die Rede sein.

Provinz- und Zentralbank.

Als vor etwa 8 Tagen die Generalversammlung der Provinz-Markischen Bank (Oberfeld) die Verschmelzung mit der Deutschen Bank beschloß, wurde die Kritik von einem Vertreter der Grohbank damit begründet, daß die Zukunftschancen der Provinzbanken ungünstiger geworden seien. Diese durchaus richtige Bemerkung hat den Aktionären von rheinisch-westfälischen Provinzbanken mißfallen. Auf der am Montag in Essen stattgefundenen Generalversammlung der Essener Kreditanstalt wurde deshalb versucht, diese Keuzerung abzuwischen. Der Aufsichtsratsvorsitzende führte dazu aus:

„Die Essener Kreditanstalt wird sich bei gleicher Leistung wie bisher auch ferner fortentwickeln. Eine Bank wie die

unstrig ist ganz unentbehrlich für die Provinz. Unser Bankgeschäft beruht auf der stetigen persönlichen Prüfungnahme der Direktoren mit der Kundtschaft. Neben den umfangreichen Beziehungen zum Großgewerbe pflegt die Kreditanstalt bekanntlich das Geschäft mit der mittleren und kleineren Kundtschaft, was nur möglich ist durch persönliche sorgfältige Behandlung und nicht von weit her dirigiert werden kann. Ueberdies ist aber die Essener Kreditanstalt mit ihrem heutigen einschließlich aller Reserven 120 Millionen überarbeitenden eigenen Kapital selber in die Reihe der Grohbanken getreten.“

Anschließend daran führte Direktor Jötten namens des Vorstandes aus:

„Gewiß wird durch die zunehmende Konkurrenz das Geschäft schwieriger gemacht. Das ist indessen nicht nur bei den Banken der Fall. Während bei den Berliner Banken das Konfortial- und Effektengeschäft eine viel größere Rolle spielt, kommt für die Provinzbanken, speziell für uns, in der Hauptsache die Pflege des Kontokorrentverkehrs in Frage. Daß wir dabei in der Lage gewesen sind, unserer Kundtschaft zuverlässige Dienste zu leisten — besonders in Zeiten der Krisen — und gute Erträge zu erzielen sowie auch allmählich eine steigende Dividende herauszuarbeiten, hat die Vergangenheit bewiesen. Die Konkurrenz hat ja in den letzten Jahren durch das Vordringen der Berliner Grohbanken in den Provinzen zugenommen. Die Provinzbanken haben aber den auswärtigen Banken gegenüber den Vorsprung, daß es der Kundtschaft der Provinzbanken leicht und schnell möglich ist, mit der maßgebenden Leitung in persönliche Fühlung zu treten.“

Für die Essener Kreditanstalt trifft diese Verteidigung insofern zu, als die Bank durch die Verschmelzung mit dem Essener Bankverein und das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Bank selbst eine Grohbank und ein Glied des größten deutschen Bankkonzerns geworden ist. Daß aber trotzdem die völlige Verschmelzung mit einer Berliner Grohbank selbst von kapitalkräftigen Provinzbanken der selbständigen Weiterarbeit vorgezogen wird, zeigt gerade die Fusion der Provinz-Markischen Bank und der Deutschen Bank.

Die Vorteile der Hüttenwerke beim Konkurrenzrückgang werden im Geschäftsbericht der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. von neuem bestätigt: „Am Roksumtag machte sich beim Roheisenhandel der Rückgang in der Beschäftigung der Eisenindustrie schon recht deutlich bemerkbar. Im Sommer 1913 konnte das Syndikat noch 95,97 Proz. unterbringen und im Dezember 1913 nur noch 59,30 Proz. der allerdings inzwischen um 6,2 Proz. angewachsenen Beteiligungsziffer. Die Gesellschaft würde von diesem Rückgang noch schwer getroffen sein, wenn sie neben der Lieferung für das Syndikat nicht auch den großen Roheisenbedarf der eigenen Werke zu decken hätte. Dadurch konnte sie ihre Kohlebatterien voll betreiben und noch 116 470 Tonnen von ihren Zechenlagern verwenden. Die Zechenlagerbestände gingen dadurch auf 124 000 Tonnen am 31. Dezember 1913 zurück.“

Dagegen klagt eine reine Zeche, die Concordia Bergbau A.-G. in ihrem Geschäftsbericht: „Die Errichtung und Ausdehnung der Verkohlungsanstalten hat einen Umfang angenommen, der zu den schwersten Bedenken Veranlassung gibt. Selbst solche Zechen, deren Kohlen einen marktfähigen Roheisen nicht geben, haben von dem ihnen nach dem Syndikatsvertrag zustehenden Recht, wonach für jede selbständige Schachtanlage eine Roheisenbeteiligung beanprucht werden kann, Gebrauch gemacht und sind zur Erbauung von Roheisen übergegangen, um die Vorteile sich zu eigen zu machen, die in der Wasserzeugung und in der Gewinnung der Nebenprodukte liegen. Dadurch wird für die Roheisenzechen der Roheisenbedarf sehr erschwert und sie werden gezwungen, um einen einigermaßen normalen Roheisenbedarf aufrechtzuerhalten, auch überhöht höhere Beteiligungen zu erstreben. Die für diesen Zweck zu errichtenden Neuanlagen verursachen nicht unerhebliche unwirtschaftliche Ausgaben. Auch die gemischten Werke haben die Roheisen stark vermehrt, um den Roheisen für den eigenen Bedarf möglichst selbst herzustellen, anstatt, wie früher, einen Teil von den Festkohlenzechen zu kaufen. Die Folge dieser Maßnahmen ist eine kaum noch zu ertragende Einschränkung der Roheisenherstellung der reinen Zechen.“

Herabsetzung der Zinsvergütungen für Depsiten. Die der Stempelvereinigung angehörenden Banken und Bankfirmen haben mit Gültigkeit vom 6. d. Mts. ab die Zinsvergütung für provisionspflichtige Konten auf 2/100 für provisionsfreie Scheckkonten bezw. täglich kündbare Depsiten auf 1 1/2 Prozent festgesetzt.

Soziales.

Berunglückt.

Ueber Unfälle im Bergbau und die von der Knappschafts-Berufsgenossenschaft erfolgreich betriebene Rentenersparnis schreiben wir in Nummer 86 des „Vorwärts“ unter der Stichmarke „Verhöhnung armer Krüppel“. Wir schreiben noch, daß trotz der Zunahme der Unfälle im Bergbau, trotz Zunahme der getöteten Bergarbeiter, die Zahl der entschädigten Unfälle abgenommen habe. Der „Reichsanzeiger“, den man manchmal für ein Unternehmernorgan halten könnte, führt nun das Bedürfnis, den Bergherren einige Gefälligkeiten zu erweisen. Er berichtet (Nr. 81), daß die Bergwerksunternehmer im Jahre 1913 allein 33 Millionen Mark an Unfallkosten hätten aufbringen müssen. Die große Zahl macht sich hübsch. Aber auf den Kopf und Monat der Gesamtbelegschaft berechnet, ergibt die Summe trotzdem nur drei Mark. Und schließlich haben doch nicht die Aktionäre, die das Vergnügen hatten, fette Dividenden einzustreichen, die Kosten bezahlt, sie sind aus dem Ertrage der Arbeit gedeckt worden. Die Kapitalisten waren dabei vollständig unbeteiligt. Weiter und froh bemerkt der „Reichsanzeiger“ weiter: „Trotz der vielen Unfälle, die sich im Bergbau ereignen, ist der Gewerbebetrieb noch nicht der mit Unfällen am höchsten belastete.“ Mit dieser Bemerkung soll wohl der Arbeiterschuß im Bergbau als vorbildlich herausgestrichen werden? Weil in anderen Berufen die Unfallverhütung nicht genügt, ist sie im Bergbau musterhaft! So musterhaft, daß trotz der famosen Rentenversicherung im Jahre 1913 die Zahl der entschädigungspflichtigen — nein, der neu entschädigten Unfälle doch noch um 488 auf 13 882 gestiegen ist. Weil der „Reichsanzeiger“ gerade beim Rühmen ist, läßt er auch diese Reflektion los: „Entgegen mehrfachen Ausführungen im preussischen Landtag ergibt die Statistik der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, daß der Lohn eines Versicherten im letzten Jahre durchschnittlich um 84,49 M. gestiegen ist.“ Dazu wäre zu bemerken, daß der höhere Lohn vorwiegend nur durch gesteigerte Leistung erzielt werden konnte. Im Ruhrrevier sind im Jahre 1913, nach amtlichen Angaben, auf den Arbeiter allein drei, im sächsischen Saargrubenbetrieb sogar sechs volle Schichten mehr verfahren worden als 1912. Rechnet man dazu die nicht berücksichtigten Ueberstunden, dann reduziert sich die beträchtliche Lohnsteigerung auf eine sehr beschriebene Witzigkeit, auf eine Witzigkeit, die mit den riesigen Gewinnen im Bergbau in gar keinem Verhältnis steht. Unter den obwaltenden Umständen muß jeder Versuch, die Lage der Bergarbeiter und den Ekel der Grubenkapitalisten herauszustricken, gänzlich verunglücken.

Der Vorsitzende in der Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M.

Zum ersten Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurde am 31. März Genosse Eduard Graf gewählt. Genosse Graf bekleidete dieses Amt schon viele Jahre. Er erhielt bei der jetzigen Wahl alle Stimmen der Arbeitgeber. Von den Arbeitern stimmten alle Mitglieder für ihn mit Ausnahme des neu in den Vorstand gewählten Vertreters der christlichen Gewerkschaften, der bei der Wahl einen weißen Zettel abgab. Den zweiten Vorsitzenden stellen die Unternehmer, aus deren Reihen auch der erste Schriftführer genommen worden ist. Hierüber und über die Befugung der Unterausschüsse des Vorstandes war vorher eine Einigung erzielt worden.

Zum Kapitel Leutenot auf dem Lande.

Faustschläge und dann noch ein **Strafmandat** wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes bildeten den Hintergrund einer Verhandlung vor dem **Schöffengericht Erfurt** am vergangenen Sonntagabend. Ein junger, geistig etwas beschränkter Mensch war von seinen in Erfurt wohnenden Eltern an den Landwirt Otto Lange in **Ernstfeld** bei Erfurt in Dienst gegeben worden. Eines Tages hatte der junge Mann **Schnapsucht** nach seinen Eltern, er ließ die Pferde auf dem Felde stehen und ging heim. Die Pferde, ruhige Tiere, wurden von anderen Dorfbewohnern nach dem heimatischen Stalle gebracht. Die einsichtigen Eltern schickten ihren Sohn wieder in den Dienst zurück. Auf dem Gutshofe angekommen, wurde der junge Arbeiter von dem Dienstherrn an der **Drust gepackt und mit Faustschlägen mißhandelt**. Dieser brutale Angriff auf seine Menschenwürde ging selbst dem geistig beschränkten Menschen zu weit. Er verließ den Dienst und ging zu seinen Eltern zurück. Der Dienstherr verweigerte aber die Herausgabe der Sachen und zeigte den Arbeiter noch wegen „unberechtigten“ Verlassens des Dienstes an. Der Amtsdorsteher schickte ein **Strafmandat über 5 M.**, gegen das **gerichtlicher Einspruch** erhoben wurde. Das Gericht erkannte wegen des Sittenlapses der Pferde auf **Freisprechung**, wegen des Verlassens des Dienstes ohne gesetzlichen Grund wurde das **Verfahren** infolge eines **Formfehlers eingestellt**; das Gericht sprach also auch in diesem Falle nicht aus, daß schwere Mißhandlung ein hinreichender Grund zum Verlassen des Dienstes sei.

Und bei solch einer menschenunwürdigen Behandlung selbst gutmütiger Dienstboten schimpfen die Agrarier noch über Leutenot auf dem Lande.

Gerichtszeitung.

„Meuterei“ von Fürsorgezöglingen.

Am Sonnabend hat das Reichsgericht ein Urteil des Stettiner Landgerichts aufgehoben, das von dem Grundrirtum ausgehend, Fürsorgezöglinge seien Gefangene, vierzehn Fürsorgezöglinge wegen Meuterei zu hohen Strafen verurteilt hatte. Ueber die Verhandlung geht uns folgender Bericht zu:

Das Landgericht Stettin hat am 3. Februar d. J. 14 Fürsorgezöglinge, die in der Erziehungsanstalt zu **Warsow** bei **Jüllsho w i. P.** untergebracht waren, wegen **schwerer Meuterei**, **Freiheitsberaubung** und **Sachbeschädigung**, einige außerdem noch wegen **schweren Diebstahls** zu **Gefängnisstrafen** von verschiedener Dauer verurteilt. Der Fürsorgezögling **Wilhelm Seidel** ist als **Anführer** und **Heldelührer** zu einer **Gefängnisstrafe** von **2 Jahren** und **einem Monat** verurteilt worden. Die übrigen Angeklagten waren im Sommer v. J. in der genannten Erziehungsanstalt, welche der **Zwangserziehungsanstalt** in **Jüllsho w** angegliedert ist, als **Fürsorgezöglinge** untergebracht und wurden hauptsächlich mit **landwirtschaftlichen Arbeiten** beschäftigt. Unter ihnen soll nach dem Urteil der Angeklagte **Seidel** sich eines Tages im Juli geweigert haben, die ihm zugeteilte Arbeit zu verrichten, und dem Aufsichtsrat sowie dem stellvertretenden Hausvater auf deren Vorhaltungen hin mit **respektwidrigen Redensarten** geantwortet haben. Nachdem die Zöglinge abends um 9 Uhr zu Bett gebracht waren, entstand zunächst in dem kleinen Schlafsaal ein **Sturm**, der sich bald auf die anderen Säle ausdehnte, bis schließlich ein **allgemeiner Tumult** entstand. Die hinzukommenden **Aufsichter** und der **stellvertretende Hausvater** vermochten keine Ruhe zu schaffen. Die Zöglinge sprangen aus ihren Betten, **schrien** sich an, **schimpften** über das Essen und **stanzelten** ungeachtet aller Mahnungen. Schließlich umringten sie einen Aufsichtsrat, warfen ihn zu Boden und **zerstörten** Fenster, **Möbel**, **Lampen**, **Bilder** und was sie sonst fanden. Einige hatten sich aus den Zimmern des Aufsichtspersonals **Stöcke** zu beschaffen gewußt, der Angeklagte **Seidel** hatte aus dem Schreibtisch eines Arbeitszimmers einen **Revolver** entnommen. Schließlich erbrachen die Angeklagten die Türen und die **Abschließungsvorrichtungen** und **entflohen** ins Freie, in den nahe gelegenen **Wald** hinein. Aus diesem **lehnten** nur einige freiwillig in die Anstalt zurück, während die anderen erst nach langer Zeit, die einen hier, die anderen dort, **Seidel** zum Beispiel in **Bayern**, ergriffen wurden. Gegen das Urteil hatte nur der Angeklagte **E. Revision** eingelegt, in der er **Verklennung** des Begriffs der **Meuterei** rügte, da die Zöglinge keine **Gefangenen** im Sinne des **Strafgesetzbuchs** seien. Das **Reichsgericht** hielt die **Revision** für **begründet**. Es hob deshalb das Urteil heute, und zwar gegen alle Angeklagten auf, soweit **Verurteilung** wegen **Meuterei** erfolgt ist, und gegen sechs unter ihnen auch soweit diese außerdem wegen **schweren Diebstahls** verurteilt worden sind, sowie bezüglich der **Strafzumessungen**. Die Sache selbst verwies das **Reichsgericht** zur **nochmaligen Verhandlung** und **Entscheidung** an die **Vorinstanz** zurück.

In der erneuten Verhandlung wäre es ersprießlich, festzustellen, welche Gründe die Fürsorgezöglinge veranlaßten, der „Fürsorge“ zu entfliehen. Sollte nicht die Fürsorge selbst die Hauptschuld tragen?

Zu einer Revolverfehde in einer Schankwirtschaft

Was es anlässlich der Verhaftung des **Einleiters Willi Guskler** gekommen, gegen den gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Jacob** eine Anklage wegen **Widerstands** gegen die **Staatsgewalt** und **Bedrohung** zu verhandeln hatte.

Der Angeklagte lebte mit einer unter **Sittenkontrolle** stehenden Frau zusammen, von der er sich zum Teil aushalten ließ. Nach einem Streit erstattete diese gegen Guskler Anzeige wegen **Zuhälterei**, die sie allerdings dann unter dem **Druck** der Freunde des G. wieder zurücknahm. Als der Angeklagte erfuhr, daß die Frau zur **Polizei** gegangen war, schickte er ihr eine **Freundin** nach mit der **Bestellung**, sie solle sich gleich einen **„Bullen“** (Bezeichnung der **Verbrecher** für einen **Sittenbeamten**) mitbringen, da er sie sonst über den **Hausen** schießen würde. Da die Frau angab, daß G. stets einen **scharfgeladenen Revolver** mit sich führe, machten sich vier **Kriminalaschulente** auf den Weg, um G. zu **umstellen** und ihn **festnehmen** zu können, ehe er von der **Waffe** Gebrauch machen konnte. Als zwei Beamte die an der **Ecke** der **Weser- und Ransengstraße** gelegene **Schankwirtschaft** betreten, in der Guskler saß, zog dieser **blitzschnell** einen **Revolver** hervor und **gab einen Schuß** ab, um dann in ein **Hinterzimmer** zu **flüchten**. Die Beamten gaben nun ebenfalls **Feuer**. **Blötzlich** krachte in dem **Zimmer**, in welchem sich G. **geblüht** hatte, noch ein **Schuss**, dem das **Fallen** eines **Körpers** folgte. Als die Beamten eindringen, fanden sie G. am **Boden** liegend. Er hatte auf sich einen **Schuh** abgegeben, sich aber nur **leicht am Arm** verletzt. — Das **Schöffengericht Neukölln** hatte G. zu **9 Monaten** und **1 Woche Gefängnis** verurteilt. In der **Verurteilung** ergab sich, daß der Angeklagte den **ersten Schuss** nicht auf die Beamten abgegeben, sondern nach der **entgegengesetzten Richtung** gefeuert hätte. Die **Strafkammer** ermäßigte deshalb die **Strafe** auf **6 Monate** und **1 Woche Gefängnis**.

Monte Carlo in Berlin.

Als **Spielebankunternehmer** nicht alltäglichen **Umfanges** kennzeichnete sich der **Geschäftsbetrieb**, welchen der **Gastwirt** **Wiede** in seinen **Restaurationsräumen** eingerichtet hatte. Er hatte sich deswegen vor dem **Schöffengericht Berlin-Mitte** zu verantworten. Der Angeklagte betrieb in der Nähe einer **Kartbahn** eine **Restaurations**, in welcher er als **Wirt** persönlich dafür sorgte, daß die **Gäste**, die sich vorzugsweise aus den **Geschäftsleuten** der **Halle** zusammensehnten, auch **jeits** ein **gemütliches Spielchen** voranden. Gespielt wurden **„Reine Tante, deine Tante“** und **„Goldene Sech“**. Als **Vankhalter** fungierte fast **regelmäßig** der **Wirt** selbst. Wie die **Beweisaufnahme** ergab, hatten einzelne **Spiele** **Verluste**, die bis zu **2000 M.** hinauf, und meistens an die **Bank** verloren gingen. Die **Sache** kam nach **Jahren** dadurch zum **Klappen**, daß einer der **Hauptverlierer** die **Ehrlichkeit** des **Spieles** und die **Schheit** der **Würfels** anzweifelte und von dem **Angeklagten** das **verlorene Geld** zurück verlangte. Das **Gerecht** verurteilte den **Angeklagten** zu einer **Geldstrafe** von **100 M.**

Gewerbmäßige Expresse.

Unter der **Anklage** der **wiederholten** **vollendeten** und **versuchten** **Expresse** hatten sich der „**Vanblugsgehilfe**“ **Franz Jupshat**, der **„Konditor“** **Kurt Chrosod** und der **„Artifst“** **Günther Giongwa** gestern vor der 2. Strafkammer zu verantworten.

Seit **Ende Januar** d. J. hatten die **Angeklagten** von einem **Provinzialen**, der hier in **Berlin** gewesen war, unter **Hinweis** auf **§ 175 Str.G.B.** **Geldsummen** erpreßt. Der **Geschädigte** erstattete, um seine **Pamphre** loszuwerden, endlich **Strafanzeige**. Die **Angeklagten** wurden darauf **verhaftet**; sie waren als **gewerbmäßige Expresse** bekannt. — Das **Urteil** lautete gegen **Chrosod** auf **2 1/2 Jahre**, **Jupshat** auf **1 1/2 Jahre** und gegen **Giongwa** wegen **Beihilfe** auf **5 Monate Gefängnis**.

Im Zeichen des Geburtenrückgangs.

Am 3. d. M. teilten wir die **Verurteilung** eines **Zigarettenhändlers** durch die **Göttinger Strafkammer** wegen **Verbreitung** **unzüchtiger Schriften** mit, die dadurch **bekannt** sein soll, daß die **Proschüren** „**Frauenleiden**“ von **Dr. Jadel** und **„Wie schütze ich mich“** von **Wilhelm Leistner** im **Laden** ausgelegt waren. Es war darin mitgeteilt, beide **Proschüren** seien **bislang** nicht **beschlag**nahmt. Uns wird mitgeteilt, daß das ein **Irreum** ist. Die **Leistnerische**, übrigens **völlig wertlose Schrift** sei **bereits** nach **Angabe** des **Autors** **sechsmal** **beschlag**nahmt. Nicht **beschlag**nahmt war bis dahin die **recht empfehlenswerte Schrift** des **Dr. Jadel** über **„Frauenleiden“**.

Versammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. In zwei **Generalversammlungen** des **Zweigerkreises** **Berlin**, von denen die **letzte** am 4. April stattfand, wurde der **Geschäftsbericht** für 1913 **diskutiert**, dem wir **folgendes** entnehmen: Seit 1908 geht die **Produktivität** in **Berlin** **ununterbrochen** zurück. Während hier im **Jahre 1906** wenigstens **22 000** **Maurer** **beschäftigt** waren, ist mit dem **Sinken** der **Konjunktur** die **Zahl** der **ortsansässigen Maurer** **somit** **zurückgegangen**, daß sie **gegenwärtig** etwa **10 000—11 000** **beträgt**. **Trotz** der **verringerten** **Zahl** der **Arbeiter** war die **Arbeitslosigkeit** im **Jahre 1913** **sehr** **stark**. In der **zweiten** **Hälfte** des **Jahres** **verschlechterte** sich die **Baufonjunktur** so **sehr**, daß die **organisatorischen** **Mahnahmen** der **Organisation** selbst bei den **Mitgliedern** **vollkommen** **erfolglos**

blieben. — Außer dem **allgemeinen Tarifvertrag** für die **Maurer** und **Hilfsarbeiter** wurden für einige **Spezialbranchen** **Tarife** **abgeschlossen**. **Zwei** **Lohnbewegungen**, die der **Fliesenleger** und der **Fachhülfsarbeiter**, führten zu **Streiks**. An dem **Streik** der **Fliesenleger** waren **314**, an dem der **Fachhülfsarbeiter** **501** **Mitglieder** **beteiligt**.

Die **Mitgliederzahl** des **Zweigerkreises**, die am **Anfang** des **Berichtsjahres** **15 300** **betrug**, **belief** sich am **Jahreschluß** auf **12 874**, sie ist also um **2426** **zurückgegangen**. — Zur **Unterstützungszwecke** wurden **insgesamt** **183 838 M.** **ausgegeben**, die sich im **einzelnen** **folgendermaßen** **verteilten**: An **Arbeitslose** und **Reisende** **52 452 M.**, in **Krankheits-** und **Sterbefällen** **88 198 M.**, an **Streikende** und **Gemahregelte** **41 284 M.**, **Rechtschutz** **3004 M.**

Nachdem die **Versammlung** am 4. April die **Diskussion** über den **Geschäftsbericht** **beendet** hatte, nahm sie **Stellung** zur **diesjährigen** **Kaisfeier**. Der **Zweigerkreisdirektor** **beantragte**, den **Parteitagsbeschluss** als **maßgebend** zu **betrachten**, welcher **jeden** zur **Arbeitsruhe** **verpflichtet**, der **ohne** **wirtschaftliche** **Schädigung** die **Arbeit** **ruhen** **lassen** kann, jedoch **voll** der **Verlust** des **Tagelohns** **nicht** als **wirtschaftliche** **Schädigung** **angesehen** werden.

Einzelne **Redner** **sprachen** gegen diesen **Antrag**. Sie **forderten**, daß **wieder** wie in den **Vorjahren** **allgemeine** **Arbeitsruhe** **beschlossen** werde. **Hiergegen** **wandten** sich der **Vorsitzende** **Hanke** und **andere** **Redner**, indem sie **ausführten**, die **Kaisfeier** der **Bauarbeiter** in den **letzten** **Jahren** sei **wenig** **zahlreich** **gewesen**, daß **von** einer **Demonstration** **keine** **Rede** **sein** könne. Dem **Beschluss**, die **Arbeitsruhe** zu **lassen**, **feierten** nur **etwa** **300** **Mitglieder** **nachgekommen**. **Daran** würde ein **erneuter** **Beschluss** auf **allgemeine** **Arbeitsruhe** **nichts** **ändern**. Der **Antrag** des **Vorstandes** **trug** den **tatsächlichen** **Verhältnissen** **Rechnung**.

Der **Vorstandsantrag** wurde **schließlich** mit **72** gegen **48** **Stimmen** **angenommen**.

Briefkasten der Redaktion.

Die **juristische** **Sprechstunde** findet **zindensstraße 69**, **vorn** **hier** **Tropfen** — **Wachst** —, **wochentäglich** von **4 1/2** bis **7 1/2** **Uhr** **abends**, **Sonntags**, von **10** bis **6** **Uhr** **abends** **statt**. **Jeder** für den **Briefkasten** **bestimmten** **Antrag** ist ein **Vorschau** und eine **Zahl** als **Vermerk** **beizufügen**. **Briefliche** **Antworten** **wird** **nicht** **erzittelt**. **Anfragen**, denen keine **Abonnemententwertung** **beizufügen** ist, werden **nicht** **beantwortet**. **Gütige** **Frage** **trage** **man** **in** **der** **Sprechstunde** **vor**.

T. M. 27. **Legen** Sie **sofort** **gegen** das **Urteil** **Verzucht** ein. **Nach** **Empfang** des **Urteils** **kommen** Sie in die **Sprechstunde**. — **May 86.** 1. Es würde **betrug** **vortragen**. **Anzeige** **kann** **bei** der **Staatsanwaltschaft** **erstattet** werden. **Bei** **Verurteilung** **wird** **auch** **bei** **Gefängnisstrafe** **erlaubt**. **Werden** **mit** **bede** **Hande** **ausgehoben**, so **kann** **auch** **auf** **Geldstrafe** **erkannt** werden. 2. **Nach** **Ihrer** **Darstellung** **ist** **der** **Veränder** **zahlungspflichtig**. 3. **Nicht** **bekannt**. — **S. P. 4.** 1. Die **Rechnung** und eine **echtschließliche** **Vericherung** **genügen**. Die **Frau** **hat** **nicht** **für** die **Schulden** **des** **Mannes**. **Ein** **geringerer** **Unterhalt** **kommt** **auch** **bei** der **Verheiratung** **nicht** **in** **Frage**. 2. Eine **polizeiliche** **Beglaubigung** **ist** **nicht** **erforderlich**. — **R. W. 18.** **Für** **gewerbliche** **Arbeiter** **schreibt** **das** **Gesetz** **eine** **vierzehntägige** **Kündigungsfrist** **vor**. — **S. P. 27.** **Wenn** **Ihre** **Schuldungen** **nachweisbar** **sind**, **halten** **wir** **sie** **zur** **Forderung** **des** **Restbetrages** **für** **berechtigt**. — **R. Z. H. 52.** **Vorausätzlich** **müßte** **nur** **das** **Wädchen** **vernommen**, **eventuell** **auch** **vereidigt** **werden**. — **S. H. A. — R. Z. 32.** **Ihre** **Frau** **würde** **die** **gleichen** **Leistungen** **zu** **beanspruchen** **haben**, **die** **die** **Frau** **zahl** **für** **den** **Fall** **Ihrer** **Unterbringung** **in** **einem** **Krankenhaus**. — **R. R. 6.** 1. **Für** **die** **Zeit** **von** **1. Januar** **bis** **Ende** **Dezember**, **falls** **nicht** **längere** **Unterbrechungen** **stattegefunden** **haben**. 2. **Rur** **dann**, **wenn** **nicht** **andere** **Einkommen** **der** **Frau** **mit** **beruht** **wird**. — **Expliciter 39.** 1. **Nicht** **ausgeschlossen**. 2. **Die** **Schwägerin**. 3. **Am** **die** **Anfallsverwaltung**. **M. W. 1.** 1. **Kein**. Die **Witwe** **hat** **nur** **dann** **Anspruch**, **wenn** **nicht** **vor** **dem** **1. Januar** **1912** **Invaldität** **bei** **dem** **Manne** **vorgelegen** **hat**. 2. **Ein** **Rückzahlungsanspruch** **besteht** **nicht**. **Nach** **dreißigjähriger** **Verheiratung** **dauer** **kann** **die** **versicherungsgeld** **Polize** **beantragt** **werden**. — **G. T. 56.** **Kein**. — **R. G. P. 100.** **Die** **Kasse** **ist** **nicht** **verpflichtet**, **etwas** **zu** **zahlen**. — **R. P. 6. R.** **Die** **Kasse** **ist** **im** **Recht**. — **P. G. 1012.** 1. **Nur** **für** **zwei** **Monate**, **wenn** **Sie** **Ihre** **Behauptungen** **beweisen** **können**. 2. **Ja**. 3. **Soweit** **der** **Wochenlohn** **25,55 M.** **übersteigt**. 4. **Ja**. — **W. P. 99.** **Leider** **nicht**. — **G. W. 101.** 1. u. 2. **Kein**. — **M. R. 5.** 1. **Kein**. 2. **Ja**. — **G. R. 288.** **Sie** **haben** **Anspruch** **auf** **Erlaz** **des** **finnen** **entstandenen** **Schadens** **(entgangener** **Arbeitsverdienst**, **Ausgaben** **für** **Arzt** **und** **Medizin)**. — **P. R. 8.** **An** **die** **Mutter**. — **G. W. 4.** **Die** **Lohnbeschlagnahme** **ist** **zulässig** **und** **zwar** **wegen** **privatrechtlicher** **Forderungen**, **soweit** **der** **Verdienst** **2,85 M.** **pro** **Woche** **übersteigt**. — **G. T. 100.** **Kuch** **das** **ist** **zulässig**. — **Z. 15.** **Der** **Vater** **erträgt** **ertragspflichtig**. — **S. P. 41.** **Leider** **nicht**. 3. 5. **Ihre** **Steuerpflicht** **ist** **mit** **Ende** **Dezember** **1911** **erloschen**. **Soweit** **für** **eine** **spätere** **Zeit** **Veranlagung** **erfolgt** **ist**, **reklamieren** **Sie**. — **Karl 36.** **Eine** **solche** **Abmahnung** **wäre** **bindend**. — **Anna 176.** **Beim** **der** **Frei-** **denker** **für** **Arbeitslosigkeit**, **Geschäftsstelle**: **J. Sachtlein**, **Berlin**, **Alte** **Strasse** **91**. **Wes** **Weser** **erfahren** **Sie** **hier**. — **M. 100.** **1/2** **x** **1/2** **=** **1/4**, **0,5** **x** **0,5** **=** **0,25**. — **Wabemeister**. **Arbeiter** **Schmittmunder**, **Gor-** **händler** **R. Selchow**, **Hilfenberg**, **Emmelsstr. 14**. — **Schwefel**. **Derzeitige** **Klimatverteilung** **wäre** **den** **Nahmen** **des** **Briefkastens** **beträchtlich** **über-** **schreiten** **und** **sind** **wir** **bisher** **nicht** **in** **der** **Lage**, **Ihren** **Dunne** **zu** **ent-** **sprechen**. — **R. G. 14.** **Das** **ist** **uns** **nicht** **bekannt**, **fragen** **Sie** **bei** **der** **Kasse** **direkt** **an**. — **G. R. 101.** **Im** **allgemeinen** **beträgt** **die** **Drumwärme** **36** **bis** **41** **Grad** **Celsius**. **Bei** **Drumapparaten** **darf** **die** **Wärme** **für** **längere** **Zeit** **nicht** **über** **40** **Grad** **Celsius** **steigen** **und** **nicht** **unter** **38** **Grad** **Celsius** **zurückgehen**.

Hf. Birtenstr. 30. 1. **Kein**. 2. **In** **30** **Jahren**. 3. **Um** **dem** **Gläubiger** **die** **Möglichkeit** **zu** **geben**, **etwaige** **pfändbare** **Sachen** **oder** **Forderungen** **beschlag** **nahmen** **zu** **lösen**. **Für** **den** **Schuldner** **entsteht** **keine** **Nachteile** **nicht**. — **M. P. R. 13.** **Verjährung** **in** **30** **Jahren**. **Es** **kann** **bei** **dem** **Künd-** **gericht**, **in** **dessen** **Bezirk** **der** **Erblasser** **verstorben** **ist**, **Vermittlung** **der** **Arbeitslosigkeit** **beantragt** **werden**. — **P. 56.** 1. **Durch** **Anfrage** **beim** **Arbeitsamt** **beantragt**. 2. **Kein**. — **2. Streitende.** **Die** **Wiederbeurteilung** **ist** **zulässig**, **nachdem** **10** **Monate** **seit** **dem** **Tode** **des** **Mannes** **verstrichen** **sind**. **Von** **dieser** **Vorschrift** **kann** **durch** **den** **Arbeitsminister** **Befreiung** **bewilligt** **werden**. — **P. W. 25.** **In** **solchen** **Fällen** **nicht** **das** **maximale** **Einkommen** **in** **Betracht** **gezogen**. **Für** **die** **Zeit** **der** **Krankheit** **können** **Sie** **jeht** **noch** **bei** **dem** **Vorsitzenden** **der** **Veranlagungskommission** **den** **Antrag** **auf** **Erlaz** **bez** **Rückzahlung** **der** **Steuer** **stellen**, **falls** **die** **Steuer** **bereits** **bezahlt** **ist**. — **M. P. 17.** **Wenn** **Ihre** **Behauptungen** **beweisbar** **sind**, **haben** **Sie** **einen** **Rückzahlungsanspruch** **an** **Schw.** **Die** **Klage** **wäre** **bei** **dem** **Arbeits-** **gericht** **Hamburg** **anzustrengen**. — **Rechtsverfugungsordnung.** **Die** **Aufhebung** **Ihrer** **Kollegen** **ist** **zutreffend**. — **M. W. 25.** 1. **Ja**, **falls** **eigenhändig** **geschrieben** **und** **außerdem** **mit** **Trübzeichnung**, **Datum** **und** **Unterschrift** **versehen**. 2. **Kein**. 3. **Nicht** **erforderlich**. **Es** **müß** **aber** **nach** **dem** **Tode** **das** **Testament** **sofort** **dem** **Gerecht** **eingereicht** **werden**. 4. **Kus** **dem** **Widerruf** **erhältlich**.

Stiller
Gegr. 1867


Billiger Schuh=Verkauf
Leipzigerstraße 75-76 (am Dönhoffplatz)
im früheren W. Wertheim'schen Warenhaus
Die in diesem neueröffneten Geschäfte zum Verkauf gelangenden Schuhwaren sind nicht in allen Größen vorrätig und bildet dieser Umstand den Grund, weshalb diese qualitativ einwandfreien Waren billiger als sonst verkauft werden.

- Zentrale: C., Jerusalemer Str. 32-35
Potsdamer Straße Nr. 2
Tautentzien-Straße 10a
Tautentzien-Straße 7b
Friedrich-Straße Nr. 75
König-Straße Nr. 25-26
Rosenthaler Straße Nr. 3
Oranien-Straße Nr. 101
Gr. Frankfurter Str. 123
Chaussee-Straße 114-115
Schönebg.-Haupt-Str. 146
Neukölln, Berg-Straße 25
Charl., Wilmersdorfer Straße 45



Blendol • Blendax u. viel Urbin

• Benutzt man täglich in Berlin.

Grosses Lager

Ohne Anzahlung

liefere an jedermann Sonntag von 12-2

Wohnungs-Einrichtungen

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemer Abzahlung

1 Zimmer und Küche .. von M. 225 an
2 Zimmer und Küche .. von M. 380 an
3 Zimmer und Küche .. von M. 750 an

Auch einzelne Möbel zu herabgesetzten Preisen.
Garderoben für Herren, Damen u. Kinder
Sport- und Kinderwagen.

S. DORN, Weinmeisterstrasse 9
Ecke Alte Schaubauer Strasse.

Klein Laden

BERLIN N.

Wohnungseinrichtungen

schon von 230 Mark an

Küchen von 48 Mark

Möbel auch auf TEILZAHLUNG!

OTTO Piehl Brunnenstrasse 120

Schlafzimmer von 295 M. an

Kein Kreditheut Kredit ohne Proberhöhung

Bessere Wohnzimmer von 230 M. Bessere Schlafzimmer von 295 M. an

100 bis 300 M. Brautleuten Rabatt! Nachzahlung 75 bis 120 M.

Beilegung ohne Kaufzwang.

1M.

wöchentl. Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass
Garantie für tadelloß, Sitz und feinste Verarbeitung

J. Kurzberg & Co.

Mass-Schneiderei
Gegründet 1898
Rosenthaler Strasse 36
I. Etage
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Hautleiden

Jetzt bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wunderbar hellende Medizin, die mich vollständig von dem schauderhaften Hautleiden befreit hat, voll und ganz zu sagen. Gustav Zichtig, München

Hautpillen sind wie folgt zu haben: Generaldepot u. Versand: Pismard-Apothek Berlin: Wrangelestr. 47, ferner in den Apotheken: Charlottenstr. 51, Potsdamer Str. 84a, Landsberger Str. 30, Rastamb.-Allee 2, Auguststr. 60, Königsberger Str. 21, Belle-Alliance-Str. 12, Charlottenburg: Wilmersdorfstr. 81, Wilmersdorf: Wilhelmstr. 110, Schöneberg: Hauptstr. 151, Spandau: Büchelndorfer Str. 14, Friedrichsfelde: Zentral-Apothek.

Rhenania, Fabrik chem.-pharmac. Produkte, Bonn.

Bruchbandagen

Leibbinden, Geradenhalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt

Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Hervorragend sind **Wyber-Tabletten** dazu geeignet, die unangenehmen Nebenwirkungen des Rauchens zu bekämpfen. **Wyber-Tabletten** sind vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel-M 1

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 7. April 1914

Urania. Mit dem „Imperator“ nach New York.
Anfang 4 Uhr.

Voyage-Theater. Kino-Variete.
Anfang 5 Uhr.

Eines Nollendorfer-Theater. Was mir die Widnis gab.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Barfisch.
Rgl. Schauspielhaus. Peer Gynt.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches Opernhaus. Das Rheingold.
Deutsches. Was Ihr wollt.
Königgräzer Straße. Brand.
Zirkus Schumann. Geladene Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Hochspannung.
Verling. Agnailton.
Berliner. Die einst im Mai.
Theater am Nollendorferplatz. Der Juxbaron.

Deutsches Künstler-Theater. Erziehung zur Liebe.
Thalia. Wenn der Frühling kommt!
Kammerpötte. Die gelbe Jacke.
Kleines. Jettchen Gebert.
Theater an der Weidendammer Brücke. Der müde Theodor.
Trionon. Die Weibchen.
Romdierhaus. Kammermusik.
Kunstspielhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Wann wir altern.
Schiller. Lottchens Geburtstag.
Schiller Charlottenburg. Das große Licht.

Theater des Westens. Polenblut.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Kuffen. Los von Mutter!
Anfang 8 1/2 Uhr.

Dalbalka. Tangosieder.
Folies Caprice. Lohwaboju. Das Sternbild.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volks-Theater. Frau Barrens Gewerbe.
Anfang 9 Uhr.

Admiralpalast. Im Tangoklub.
Berliner Spielplatz. Dieballei.
Amor auf Irland.
Eines Nollendorfer-Theater. Was mir die Widnis gab.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Sternwarte. Zwölfstündl. 57-62

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hierauf: Liebe, Nachher: Lottchens Geburtstag.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hierauf: Liebe, Nachher: Lottchens Geburtstag.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Des Meeres und der Liebe Wellen.

Theater in der Königgräzer Straße
7 1/2 Uhr:
Brand.

Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
8 Uhr: **Der müde Theodor.**

Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Starkeilung 8 Uhr: Deutsches Requiem, Osterkatalo.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: **Los von Mutter!**
Gr. Ausstattungspose u. Gesang u. Ballett in 4 Akten.

Walhalla-Theater.
8 1/2 Uhr: **Tangosieder**
Gr. Rolle m. Ges. u. Tanz in 3 Akten von E. Urban. Musik v. Hugo Fricke.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 22 — Zimmerstraße 90/91.

Gr. Doppel-Konzert u. Gastspiel
des **Prager Tonkünstler-Orchesters.** Dirigent: Kapellmeister und Komponist **Julius Fucik.**
Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Regim.-Regis. Dirig. Oberm. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr:
Mit d. „Imperator“ nach New York.
8 Uhr:
Hochspannung.

Residenz-Theater
8 Uhr:
Der Regimentspapa.

Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Abends 8 Uhr:
Erziehung zur Liebe.
Mittwoch 8 Uhr: **Der Raub der Zabinerinnen.**

Friedrich-Wilhelmstadt. Theat.
Anfang 8 Uhr.
Die Förster-Chrißl.
Karfreitag: Wendelobens Walle, vorgeführt vom Nollendorferchen Theaterchor. Anfang 8 1/2 Uhr.
1. Osterfesttag nachmittag 8 1/2 Uhr.
Japansreich. 2. Osterfesttag nachmittag 4 Uhr: **Francin Trullala.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Das Recht auf den Tod.
Schauspiel in 4 Akten v. Gust. Loebel.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: **Das Recht auf den Tod.**

Metropol-Theater.
Abends prägnant 7 1/2 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Unsere süßen Dienstmädel.
Darsteller v. Pfenfel
Anfang 8 Uhr.
1. u. 2. Feiertag, nachher: 8 Uhr, an ermäßigten Preisen.
Starkes Pfingstfest.

WINTERGARTEN

Ein **beispielloser Erfolg**
der von **Publikum und Presse glänzend beurteilten April-Attraktionen!**
- Rauchen gestattet! -
Entreepätze wochentags von heute ab **0.60 M.**

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 113. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit **Hartstein.**
Lachen ohne Paule!
Rauchen gestattet!

Voigt-Theater
Südstraße 58.
Morgen Mittwoch, den 8. April:
Mutter Thiele.
Wolltück in 3 Akten v. Ad. Pfrorange.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Der englische Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je gelebt! 160 mm größer als Machnow! 19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Dienstag, den 7. April: abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
Um 9 1/2 Uhr:
Fortsetzung des freien **Ringkampfes.**
Es ringen folgende Paare:
Forts. des Kampfes bis zur Entscheidung!
1. Chevalier gegen Spahl (Frankreich) (Rußland)
2. Jussuf gegen van Riel (Türkei) (Holland)
3. **Entscheidungskampf** Miako gegen Deriaz (Japan) (Schweiz)
Außerdem **„Tipp“** der Derby-Favorit 1914.

Folies Caprice.
8 1/4
Tohuwaboju
Das Karakel
Das Erdbeben

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Mittwoch, den 8. April:
Die alte Weibern.
Donnerstag, 8. u. Sonnabend, 11.: **Gebelmeiste von New York.**
An allen Feiertagen abends 8 Uhr:
Wo die Liebe hinfällt.
Nachm. 4 Uhr: **Die alte Weibern.**

Admiralpalast.
Eis-Arena.
Die **„Im Tangoklub“**
und zum 213. Male das effektvolle Eisballett **„Die lustige Puppe“.** Bis 8 Uhr abends und ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenspreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Für den Jubel der Juxentour übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Ein Opfer des Systems.

Gelegentlich der ungeheuren Neubestimmungen an Militärmannschaften wurde sowohl in der Presse wie im Parlament auf die beschämende Tatsache hingewiesen, daß Tausende zum Militär eingezogene junge Leute den größten Teil ihrer Dienstzeit als Offizierskandidaten abblieben. Anstatt in der Front in die Phylaxien der Waffentechnik und Kriegskunst eingeweiht zu werden, begleiten die jungen Krieger mit dem Henselkorb auf dem Arm die „gnädige Frau“ bei den Einkäufen, helfen beim Großreinemachen und machen sich sonst als Dienstmädchen nützlich. Jetzt kommt aus Altona die Nachricht, daß in der Kaiserstraße in Altona der Offizierskandidat Gümmer beim Fensterputzen aus der zweiten Etage des Hauses abgestürzt und im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Da der Vater des Verunglückten vor kurzem verstorben ist, sollte Gümmer dieser Tage als einziger Ernährer seiner bedürftigen Mutter in die Heimat entlassen werden.

Statt eines lebensfrohen, kräftigen Ernährers bekommt die unglückliche Mutter einen Toten aus der Ferienkolonie zurück. Wenn der Armen auch Entschädigungsansprüche zustehen, so muß man doch fragen: wer hat die unglückliche Mutter für ihre berechtigten Ansprüche? Wird man die betreffende Offiziersfamilie schadenersatzpflichtig machen oder werden die Steuerzahler die Kosten dafür tragen, daß die Herrschaft des männlichen Dienstmädchens die notwendigen Schutzmaßnahmen gegen Absturz verabsäumt?

Die konfessionelle Meute

wurde in den letzten Tagen im Rheinland gegen das „Komitee Konfessionslos“ losgelassen. Dieses Komitee hat eine Agitation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet veranstaltet. Wie über den Referenten und den Veranstalter dabei mitgespielt worden ist, wird in der „Post“ mit offenkundigem Behagen erzählt. In Düsseldorf und Bochum sprachen über „Gewissenszwang und kirchlichen Austritt“ Pfl. Janasch, Sekretärin des Vereins für weltliche Schule und Moralunterricht in Berlin, Rechtsanwalt Dr. Schäding aus Dortmund, der frühere Bürgermeister von Dussum, und Dr. Kramer, Sprecher und Lehrer der Freireligiösen Gemeinde in Düsseldorf. In Düsseldorf kam es in der Aussprache bald zu scharfen Zusammenstößen zwischen orthodoxen Protestanten und den Anhängern des zum Kirchenaustritt auffordernden Komitees. Es entstand darauf anhaltender Lärm, daß die Versammlung sich von selbst auflöste. In Dussum ging nach dem Bericht der „Post“ der Lärm gegen und für in das Singen von Liedern über. Die Katholiken sangen „Großer Gott, wir loben dich“, die Protestanten „Ein feste Burg ist unser Gott“, die Arbeiter sangen die Marxlied. Der überwiegende Polizeibeamte löste die Versammlung auf.

Dem sich so arifilich gebärdenden Blatt ist dieser Ausgang der Versammlungen ganz nach dem Herzen. Er ist aber nur ein Zeichen dafür, daß hier noch viel Klärung nötig ist.

Der Abschied des Kölner Polizeipräsidenten.

Herrn v. Weegmann, dem Kölner Polizeipräsidenten, ist die erbetene Entlassung aus dem Staatsdienst unter Verleihung des Kronenordens 2. Klasse erteilt worden. v. Weegmann ging bekanntlich sofort nach dem Kölner Polizeiprozess auf Urlaub, aus dem er, wie zu erwarten war, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehrt.

Für die vielen Blamagen, die der Kölner Polizeigewaltige in der letzten Zeit erlitten hat, ist ihm der Kronenorden schon zu gönnen.

Gesucht.

Mit dem schmähligen Umfall der bürgerlichen Parteien hat — vorläufig wenigstens — der Konflikt zwischen Erster und Zweiter Kammer in Württemberg gedeutet. Die Zweite Kammer hatte, wie berichtet, einem Gesetzentwurf zugestimmt, der den Gemeinden gestattet, die Gemeindeeinkommensteuer bis auf 75 Proz. der Staatseinkommensteuer zu erhöhen. Zurzeit ist der Höchststeuersatz der Gemeindeeinkommensteuer 50 Prozent des Staatseinkommens. Die Zweite Kammer hatte jedoch einen Zusatz beschlossen, demzufolge Einkommen bis 500 Mark jährlich von diesem Steuerzuschlag veronten bleiben sollen. (In Württemberg beginnt die Einkommensteuerpflicht bei einem Einkommen von 500 M. jährlich.) Ein sozialdemokratischer Antrag, Einkommen bis 1250 M. von der Steuererhöhung auszunehmen, war von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Nun hat die Erste Kammer auch den Beschluß der Zweiten Kammer, die kleinen Einkommen bis 950 M.zuschlagsfrei zu lassen, glatt gestrichen und dann das ganze Gesetz mit Ausnahme des Hundesteuerparagraphen auf den Reichshausen geworfen.

Statt dieses äußerst provozierenden Vorgehens der Ersten Kammer mit Schärfe zurückzuweisen und eine gründliche Reform des ganzen Steuerwesens energisch in Angriff zu nehmen, haben sich sämtliche bürgerlichen Parteien dahin geeinigt, der Ersten Kammer das Angebot zu machen, die Vergünstigung der kleinsten Einkommen, vom Steuerzuschlag verschont zu bleiben, wieder zu befeitigen. So hoffen die bürgerlichen Parteien, die hochgeborenen Herren zur Milde zu stimmen und doch noch zur Annahme des Gesetzentwurfes zu bewegen. Die Steuerlasten, die den Armen und Kerkissen neu auferlegt werden sollen, entlasten ja die Reichen und Reichsten.

Die Sozialdemokratie sucht den schmachvollen Umfall aller bürgerlichen Parteien zu hindern. In schärfster Weise kennzeichnet der Fraktionsredner Keil die traurige und lächerliche Politik, insbesondere des Zentrums und der Volkspartei. Vergeblich. Ganze vier Mann, darunter zwei christliche Arbeitersekretäre des Zentrums, gestellten sich noch zur Sozialdemokratie. Alle anderen unterschrieben die Offerte an die Erste Kammer, mit den Wutpfeiffen der Vermittlung das Wohlwollen der Grafen und Fürsten zu erkaufen. Wie diese das Angebot beantworten wird, ist offiziell noch nicht bekannt. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß der ganze schmählische Handel auf Vereinbarungen hinter den Kulissen zwischen den bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer und den Standesherrn basiert.

In der Arbeitslosenfrage hat die Erste Kammer sich auch als erbitterteste Gegnerin der Arbeiterchaft bekannt. Während die Zweite Kammer sich für eine Unterstützung der Gemeinden mit Arbeitslosenfrage durch den Staat ausgesprochen und die Regierung aufgefordert hat, Staatsmittel für diesen Zweck bereit zu stellen, hat die Erste Kammer eine dahinzielende Eingabe christlich-nationaler Arbeiter in brücker Weise und unter Schmähungen der Arbeiterchaft zurückgewiesen. Daß die bürgerlichen Parteien irgendwelche Anstrengungen machen werden, ihrem Willen Geltung zu verschaffen, daran ist kaum zu denken. Schließlich haben die „Arbeiterfreunde“ der bürgerlichen Parteien der Zweiten Kammer dem Beschluß nur zugestimmt in der sicheren Voraussetzung: unsere Freunde in der Ersten Kammer werden schon dafür sorgen, daß der Beschluß Makulatur bleibt.

Jungliberale Rebellen.

Freitag fand in Stuttgart eine vollzählig besuchte Vorstandssitzung des Württemb. Landesverbandes der Jungliberalen statt, die sich mit dem bekannten Beschluß des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei über die Auflösung der alt- und jungliberalen Organisationen befahte. In der angenommenen Resolution wird dieser Beschluß bedauert und die Erwartung ausgesprochen, daß der Jungliberale Reichsverband auch fernerhin aufrecht erhalten werde. Jeder Eingriff in den Bestand und die Organisation des Württemb. Landesverbandes und seiner Vereine sei angesichts der gegenseitigen guten Beziehungen und der auch jetzt wieder erklärten Stellungnahme der Leitung der Nationalliberalen Partei Württembergs ausgeschlossen.

Das ist die offene Rebellion! Wie lange allerdings dieser Rebellentropf der jungliberalen Mannen vorhalten wird, ist eine andere Frage.

Die Lage in Albanien.

Durazzo, 6. April. Im Hinblick auf die anarchischen Zustände in Südalbanien ließ die albanische Regierung Listen über die zur Bildung einer Miliz verfügbaren Bestände anlegen. Wie verlautet, werden im ganzen Lande alle ehemaligen Redits vom 20. bis 30. Lebensjahre heute oder morgen zu Kontrollversammlungen einberufen werden.

England.

Liberalismus und Arbeiterpartei.

London, 4. April. Im „Labour Leader“ äußert sich George Keir Gardie zu den in der bürgerlichen Presse verbreiteten Gerüchten von einem bevorstehenden Wahlbündnis zwischen der liberalen Partei und der Arbeiterpartei. Keir Gardie schreibt u. a.:

„Beim Beginn der Heereskrise hatte ich das Gefühl, daß, wenn diese Frage ausgekämpft werden müßte, die Möglichkeit einer solchen Wahlvereinbarung nicht gänzlich von der Hand gewiesen werden könnte. Es wäre eine ernste Sache gewesen, wenn die Militärgewalt noch einmal die Vorherrschaft erlangt hätte. Diese Gefahr ist jedoch vorüber, und wir stehen nun dort, wo wir früher standen. Deshalb kann jeder Gedanke eines Bündnisses oder einer Vereinbarung zu Wahlzwecken getrost beiseite geschoben werden. Solche Vorschläge sehen immer sehr verlockend aus, aber die Erfahrung unserer kontinentalen Genossen zeigt, daß sie stets in einem halben Unglück für die Arbeiterbewegung enden. . . . Der nächste Schritt wäre, daß der Arbeiterpartei eine Vertretung im Kabinett angeboten würde, und soweit mir bekannt ist, liegt kein einziger Fall von dem Eintritt eines Sozialisten in eine Regierung vor, wo dieser nicht zum Scheitern überging. Der erste Schritt ist der gefährlichste, und deshalb scheint es mir, daß irgendwelches Wahlbündnis der erste Schritt in den Abgrund wäre. Selbst unsere Unterstützung der Home-rule und ähnlicher Maßregeln hat den Bogen der Parteihaltigkeit bei vielen Mitgliedern bis zum Brechen gespannt, und namentlich bei der Mitgliedschaft der I. L. P. würde schon die Erwägung eines Wahlbündnisses mit den Liberalen als Verrat der seit 20 Jahren geleisteten Arbeit betrachtet werden.“

Redaktionskritik bemerkt der „Labour Leader“, der die Auffassung Gardies teilt, daß die Arbeiterpartei, wenn es in diesem Sommer zu allgemeinen Wahlen kommt, nicht in einer besonders glücklichen finanziellen Lage sein wird. Viele Gewerkschaften haben ihre Abstimmungen über die politische Aktion noch nicht beendet, und nur in sehr wenigen Fällen sind schon genügende Fonds angeammelt worden, um auch nur die bereits beschlossenen Kandidaturen zu finanzieren.

Die B. S. P. und die Heereskrise.

Der Vorstand der British Socialist Party hat aus Anlaß der Heereskrise ein Manifest an die Arbeiterklasse veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

„Kriegsminister Seely hat in dem Weißbuch vom 26. März erklärt: „Das Gesetz legt es klar nieder, daß ein Soldat nur dann berechtigt ist, einem Befehl, zu schießen, zu gehorchen, wenn dieser Befehl unter den Umständen vernünftig und gerechtfertigt ist.“ Offiziere und Mannschaften seien deshalb berechtigt, eine Gehorsamsverweigerung in Erwägung zu ziehen.“ Herr Bonar Law hat erklärt, daß es die Pflicht des Offiziers sei, seinem Gewissen zu folgen. Wir rufen die Soldaten der britischen Armee auf, sich dieser Erklärungen zu erinnern, wenn man ihnen wieder befiehlt, sich in einen wirtschaftlichen Kampf hineinzumischen.“

Diese ganze Affäre bestätigt die Tatsache, daß Offiziere, Aristokraten und bürgerliche Politiker ein Recht ausüben dürfen, das gemeinen Soldaten und Arbeitern vorenthalten wird. Gesetz und Ordnung sind für die Armen, Freiheit und Ungleichheit für die Reichen.

Werden die Offiziere, die man darüber befragt hat und es abgelehnt haben, gegen Ulster zu dienen, Bedenken tragen, bei einem wirtschaftlichen Kampfe auf Euch zu schießen?

Schleht Euch uns an in der Forderung nach gleichem Recht für den gemeinen Soldaten und seinen aristokratischen Offizier. Sorgt dafür, daß kein Soldat sich gezwungen, auf seine streifenden Arbeitsgenossen zu schießen.

Ein Soldatenheer kann nie demokratisiert werden. Was also ist die Alternative? Eine Bürgerwehr, die ausschließlich zur Verteidigung und nicht zum Angriff verwendet werden kann. Wie können wir uns eine solche Wehrmacht sichern? Durch ein echtes Bürgerheer, dessen Offiziere aus den Reihen der gemeinen Soldaten gewählt werden — das „Volk in Waffen“, die von den Sozialisten aller Länder an Stelle des Militarismus gefordert wird, unter dem heute alle Demokratien leiden.“

Schweden.

Eben Hedén.

Stockholm, 5. April. (Fig. Ver.) Seit etwa einem Jahre betreibt Eben Hedén eine geradezu frivole Hege gegen Rußland. Ohne den Schatten eines Beweises wirft er den Russen vor, Schweden anzuetteln zu wollen, malt er den Arbeitern aus, wie ihnen diese Annetionen alle Rechte rauben würde usw. Für das Geld der konservativen Kriegshörer hat er zwei Broschüren in Millionenauflage vertreiben lassen. Die letzte dieser Broschüren, „Die zweite Warnung“, wirkt tödlich für den Verfasser.

Man sagt zwar, Lächerlichkeit tötet nicht. Aber das gilt doch nur für Gottlieb August Sautze aus Nirgendwo. Eben Hedén erhebt Anspruch auf einen Namen in den Annalen der Menschheit. Das verpflichtet. Zum mindesten zur Wahrheit. Man kann einem Manne schließlich nicht mehr seine unkontrollierbaren Erlebnisse und Erzählungen aus den entlegenen Winkeln fremder Länder glauben, wenn seine Wahrheitsliebe so lässlich Schiffbruch leidet in den politischen Schären seiner Heimat. Die kann man kontrollieren.

Ich sehe davon ab, daß Eben Hedén in der „Zweiten Warnung“ die Niederlage Frankreichs 1870/71 auf die französische Militärläufigkeit zurückführt, daß er die Schweizer das Militärsystem verwerfen läßt, daß er den bisherigen liberalen Staatsminister Staaf als Landesverräter brandmarkt in einer feigen Form, die ihn der gerichtlichen Strafe entzückt. Ich sehe auch davon ab, daß er alle Schandtaten des Regimes der schwedischen Junker, denen das Land seine Niederlagen und den Verlust seiner Großmachtstellung verdankt, in verleiherndster Weise der Demokratie in die Schuhe schiebt. Ich lasse allen Schwindeln, dessen Hedén als politischer Kaiserle Schwedens läßt, auf sich beruhen. Auch eine kleine Rolle spielte ich dem politischen Wegner zu, wenn er sich betraunt hat. Nur muß man ihn glauben schenken können, ohne sich selbst zu blamieren. Aber wenn Eben Hedén Seite 89 seiner Schrift den schwedischen Bauern erzählt:

Ein russischer General äußerte kürzlich (kurz vor Weihnacht 1913) zu einem Schwedischen: „Rußlands Entwicklung geht über den Bosphorus und die skandinavische Halbinsel. Es ist nur eine Frage der Zeit, wenn unsere Armeen gegen Euch marschieren werden. Das beste, das Ihr tun könnt, ist, Euch eine starke Landesverteidigung zu schaffen.“

Dann geht das doch über die Jurisprudenz. Es ist natürlich kein Vorrecht Schwedens, in leitenden Stellen seiner Armee Schwäbische zu haben, sogar einen Eben Hedén darf es besitzen, aber daß ein russischer General den kommenden Gegner auffordert, eine starke Armee zu schaffen, gegen die er binnen kurzem marschieren soll, das durfte nicht kommen.

Nach dieser Probe Hedénscher Erzählungskunst will ich öffentlich dem toten Strindberg Abbitte leisten. Der hätte in seinen „Meden an die schwedische Nation“ wenige Jahre vor seinem Tode Hedén vorgeworfen, bei seiner Erforschung des Amurgebietes sich den Rufm anderer angeeignet zu haben. Demnach sollten schwedische Offiziere, die nach der Schlacht bei Poltawa in russische Gefangenschaft geraten waren, dieses Gebiet erforscht und kartographiert haben. Diese Karte hat Strindberg bei seinen Archäfstudien gefunden und ans Tageslicht gebracht, wofür er sogar eine Anerkennung der russischen Akademie bekam. Viele fanden damals, Strindberg ging in seinem Kampfe gegen Hedén zu weit, wenn er diesen des Plagiats beschuldigte.

Nach den Proben Hedénscher Wahrheitsliebe und phantastischer Vegabung, die in diesen „Warnungen“ gegeben werden zu dem Zweck, ein konservatives Junterregiment in Schweden wieder zu errichten, muß man auch gegenüber dem Erzähler Hedén in seiner Eigenschaft als Forscher, Strindbergsche Vorsicht walten lassen. Wer im Kleinen unehrlich ist, kann auch im Großen nicht zuverlässig sein.

Sozialdemokratische Wahlerfolge.

Stockholm, 6. April. (Privattelegramm des „Forwärts“.) In Götterburg erfochten die Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg. Von sieben Mandaten eroberten wir drei, die Liberalen zwei. Die Konservativen verloren eins an uns. Unsere Stimmengzahl ist über 100 Prozent gestiegen. Götterburg war früher eine konservative Hochburg. — Bei der Kreisstadtwahl in Gellivare (Lappland) eroberten die Sozialisten sämtliche Mandate.

Letzte Nachrichten.

Home-rule in zweiter Lesung.

London, 6. April. (Unterhaus.) Redmond eröffnete die Beratung am letzten Tage der zweiten Lesung der Home-rule-Bill, indem er erklärte, die Nationalisten würden die Lösung im Wege des Föderativsystems annehmen, wenn erstens Irland unter einer Einheitsform geeinigt und nicht in Ulster und das übrige Irland geteilt werde; wenn zweitens die Selbstverwaltung der gegenwärtigen Bill nicht vermindert und wenn drittens die Ausschlußfrist von sechs Jahren für Ulster aufrechterhalten würde. (Lauter bei der Opposition.) Die Nationalisten könnten den dauernden Ausschluß Ulsters nicht annehmen. Das Opfer der Nationalisten, die in den Sechsjahresvorschlag einwilligten, der eine Spitze gegen sie enthalte, sei nutzlos gewesen. Sie waren halbwegs entgegengekommen, aber Ulster, das auf der ursprünglichen Forderung des gänzlichen Ausschusses bestünde, wäre nicht einen Zoll entgegengekommen. Unter diesen Umständen bliebe seiner Ansicht nach dem Hause nur übrig, in der Beratung der Bill so wie sie wäre fortzuführen. (Lauter Beifall bei den Ministerialen.) Er glaube nicht, daß es darum in Ulster zum Bürgerkrieg kommen würde. Wenn jedoch die Bill Gesetz würde, so würde sich die Lage ändern.

Carson hielt daran fest, den gänzlichen Ausschluß Ulsters oder eine Volksabstimmung oder allgemeine Wahlen zu fordern. Er erklärte, die Regierung müßte die Politik der Gewalt aufgeben. Gewalt würde der weiteste Weg zum Frieden sein und den Untergang für Ulster, Irland und wahrscheinlich für England bedeuten.

Der Liberale Simon sagte, das Angebot der Regierung wäre noch offen, obwohl sie genug Wahlautorität besäße, um die Bill in ihrer gegenwärtigen Fassung durchzubringen, und es zu tun beabsichtige, wenn eine Verständigung nicht zustande käme. Die Pflicht des Hauses sei gegenwärtig, die zweite Lesung der Bill zu beenden, aber er hoffe, daß die Versuche, ihre Annahme auf einer gemeinsamen Grundlage zu erreichen, fortgesetzt würden.

Die Affäre der Frau Caillaux.

Paris, 6. April. Der Untersuchungsrichter Doucard vernahm in der Angelegenheit der Frau Caillaux den Mitarbeiter des „Figaro“, Lazarus, welcher ausfragte, daß Calmette die Privatbriefe, deren Veröffentlichung Frau Caillaux fürchtete, niemals besessen habe. Der Zeuge gab sodann verschiedene Einzelheiten über die von Calmette gegen Caillaux unternommene Kampagne. Er erzählte u. a., daß Calmette im Monat Januar genaue Mittelungen über die Rolle Caillaux in der Agadir-Krise gemacht und zur Kennzeichnung derselben zwei diplomatische Schriftstücke geegelt habe, welche für Caillaux so niederschmetternd seien, daß ihre Veröffentlichung unverzüglich den rettungslosen Sturz Caillaux hätte herbeiführen müssen. Diese Schriftstücke trügen eine Nummer, unter welcher sie allem Anscheine nach im Archiv des Quai d'Orsay aufbewahrt seien. Calmette erklärte, er könne diese Schriftstücke nicht veröffentlichen. Calmette sei sogar soweit gegangen, daß er den Journalisten Robert de Jouvenel, welcher eines dieser unter dem Namen „Grünes Dokument“ bekannten Schriftstücke in einer Wochenchrift veröffentlichen wollte, dringend bat, Stillschweigen zu beobachten.

Franz Reichel, ein anderer Redakteur des „Figaro“, sagte aus, Caillaux habe einen Monat vor dem Anschlag seiner Frau zu einem Mitarbeiter des „Figaro“ gesagt: Wenn Calmette nicht in seinem Feldzug gegen mich aufhöre, werde ich ihn im Duell töten. Frau Caillaux habe die Arbeit ihres Gatten erledigt. Reichel sagte ebenfalls, Caillaux habe besser als irgend jemand gewußt, daß die Veröffentlichung der in Frage stehenden Briefe eine Unmöglichkeit war.

Ein Dorf in Flammen.

Roslenz, 6. April. In dem Roselort Winingen wütet seit Mitternacht ein heftiger Brand. Mehr Häuser sind bereits ein Raub der Flammen geworden. Zwölf Familien befinden sich ohne Obdach. Es herrscht harter Sturm, der die Ausbreitung des Feuers noch begünstigt. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden, der noch nicht zu übersehen ist, dürfte ziemlich beträchtlich sein.

Schwerer Unfall auf einem englischen Torpedobootszerstörer. London, 6. April. Infolge der Explosion eines Heizrohres wurden auf dem Torpedobootszerstörer „Albatross“ in Catham drei Heizer getötet.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
8. Aht. Bezirk 598.
Am Sonntag, den 7. April, ver-
storb unser Genosse
Elise Jaenichen
Fuldaer Str. 8.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Städtischen Friedhofes,
Karlshagen, Ecke Gertrude, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 3. April verstarb unser
Parteigenosse, Schriftleiter
Max Lorenz
Hermannstraße 31, 24. Bezirk.
Die Beerdigung findet heute,
den 7. April, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Neu-
köllner Gemeinde-Friedhofes,
Mariendorfer Weg, aus statt.
Um 5. April verstarb unser
Parteigenosse
Hermann Neumann
Schöneweider Straße 10, 22. Bezirk.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuköllner Gemeinde-
friedhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Gottlieb Schulz
am 31. März im Alter von
60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Paul Kober
am 2. April im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 7. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde, Rummelsburger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Gottlieb Schulz
am 31. März im Alter von
60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Paul Kober
am 2. April im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 7. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde, Rummelsburger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Gottlieb Schulz
am 31. März im Alter von
60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Paul Kober
am 2. April im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 7. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde, Rummelsburger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Gottlieb Schulz
am 31. März im Alter von
60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Paul Kober
am 2. April im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 7. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde, Rummelsburger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Gottlieb Schulz
am 31. März im Alter von
60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Paul Kober
am 2. April im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 7. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde, Rummelsburger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Gottlieb Schulz
am 31. März im Alter von
60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Paul Kober
am 2. April im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 7. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde, Rummelsburger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Gottlieb Schulz
am 31. März im Alter von
60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Paul Kober
am 2. April im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 7. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde, Rummelsburger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Gottlieb Schulz
am 31. März im Alter von
60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Paul Kober
am 2. April im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 7. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichsfelde, Rummelsburger
Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbe-
kasse der Metallarbeiter.
V. a. G. Hamburg.
Filiale Steglitz.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied
Friedrich Wodtke
am Freitag, den 3. d. M., ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 7. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Städtischen Friedhofes,
Karlshagen, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Stettentechnik. Nachruf.
Lebenschilfen. Kasse. Mathisstr. 13.

Taufjagug.
Für die herzliche Teilnahme und die
schönen Kranzpenden bei der Be-
erdigung meiner lieben Frau und
unserer guten Mutter
Ida Schmidt geb. Karpe
lagen wir allen Beteiligten unseren
besten Dank.
Paul Schmidt nebst Kindern.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen
Blumenpenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes, Sohnes und
Bruders
Franz Unruh
lage allen Verwandten, Freunden
und Bekannten meinen herzlichsten
Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Alice Unruh geb. Joachim.

Allen denen, die herzlich an der
Beerdigung meines überge-
storbenen Vaters teilgenommen, sage
hiermit meinen besten Dank.
Martha Schulz.

Spezialarzt
i. Haut, Horn, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Reiztränke jeder
Art, Ektlich Gata, Auren in
u. Co. lang.
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, gegenüber
Ekt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Liniestr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1930, 9714, 185.

Achtung! Metalldrücker.
Donnerstag, den 9. April, abends 6 Uhr:
Gruppen-Versammlung
aller in Kronen- und Beleuchtungsfabriken beschäftigten
Drücker Berlins u. Umg.
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3.
Tagesordnung:
1. Brauereianglegenheiten. 2. Berichtlesen.
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet!
Der Feiertage wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen
geschlossen:
Sonntag, den 11. April, nachmittags.
Montag, den 13. April, den ganzen Tag.
Dienstag, den 14. April, nachmittags.
Die Ortsverwaltung.

Berichtigung
zum Inserat in Nr. 94 betreffend die Ausschuhwahl der Krankenkasse der
Personen-Versicherungsgesellschaft zu Berlin.
Zwischen 12 und 14 des Wahllokalbes der Arbeitgeber muß es
heißten:
13. Emil Ziefert, Berlin, Krenzstraße 15.
Unter Nr. 7 des Wahllokalbes der ersten Klasse heißt es Kant,
Paul, und nicht Kunt.

Achtung! Gewerkschaften, Fabriken, Vereine
Bevor Sie zu Ihrer diesjährigen Dampferpartie
ein Lokal wählen, besichtigen Sie vorerst
Voigt's Krampenburg
und Sie werden finden, daß die Krampenburg das passendste Aus-
fluglokal ist. **Wald, Wasser, Berge** sind die Umgebung
dieses größten modernen Etablissements.
Post ist Schmöckwitz. - Telephon frei Amt Köpenick, 227.

Puck

Die
Qualitäts-
33
Cigarette



Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Söhling, Amt Norden, 2438.
Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
und Ausschüssen unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.
Geschäftszeit täglich von 10 1/2 - 1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal blau und muß
mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Ein grauer Kopf
macht 10 Jahre älter! Ergraute
Haare erhalten sofort ihre
schöne ursprüngl. Farbe echt
naturgetreu wieder durch mein
garantiert unschädliches
„Alcolor“. Herr C. R. in
Harsova/Rumänien schreibt:
„Senden Sie mir gefälligst
wieder 1 Fl. von Ihrem wirklich
wunderbar. Haarfarbmittel.“
In jeder Nuance M. 2.- u. 3.-
Otto Reichel, Berl. 43. Eisenbahnstr. 4

Spezialarzt
Dr. med. Wockentau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden -
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11

Knaben- und
Jünglings-Garderobe
Großes Lager
in jeder Ausführung, nur eigene
Anfertigung.
zu sehr billigen Preisen.
Gerren-Garderobe nach Maß
Karl Hustadt, Kopenstr. 85,
parterr.
2 Minuten vom Söhl. Bahnhof.

Metallbetten,
Holzrahmenmatratzen, Kinderbetten
billigst an Verputz. Katalog frei.
Eisenschmiedefabrik, Suhl, Thür.

Straussfedern
und Pleureusen direkt ab
Fabrik.
Straussfedern Nr. 416, 50 cm lg. 5,00
Edelware 419, 55 " 6,80
603, 55 " 12,50
Pleureusen 500, 35 " 3,50
501, 45 " 7,50
Pleureusen Nr. 502, 50 cm lang 9,50
501, 60 " 2mal geknüpft 17,50
505, 65 " 20,00
Paradies-, Kronen- u. Stangenreier billigste Preise
Sämtl. Reparaturen, wie Krausen, reinigen u. färb. on
Kl. Frankfurter Str. 25, I
Capstadt-Straussfedernfabrik Berlin-Telephon: Kopt. 2056.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigarretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Teilzahlung Woche 1 Mark
Herren-Anzüge, Damen-Kostüme.
Wäsche, Kinderwagen, Tischdecken, Steppdecken, Betten.
Möbel in großer Auswahl.
F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23,
erste Etage.
Inserat mitbringen! Wert 3 M.



Servus
Schuhputz mit Dosenöffner

Überall zu haben in großen Dosen a 20 Pl.
Fabrik: Chemische Werke Lubzynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.
Berantw. Redakt.: Alfred Wierow, Neukölln. Inferosenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Tunnelarbeiten für die Nord-Südbahn.

Die Arbeiten für die städtische Nord-Südbahn schreiten rüstig vorwärts. Die einzelnen Tunnelstrecken werden in bestimmten Lagen vergeben und öffentlich ausgeschrieben. Das Los I umfaßt die Strecke von der Seestraße bis Lützenstraße und wird von Siemens u. Halske ausgeführt. Das Los II konnte noch nicht ausgeschrieben werden, weil die Frage der Anlage des Bahnhofs Wedding zu längeren Unterhandlungen mit den Aufsichtsbehörden Anlaß gab, die aber auch an ihrem Ende sein dürften. Das weitere Los III reicht von der Wöhlerstraße bis zur Tiedstraße, es ist der Tiefbaufirma Berger übertragen worden. Kürzlich ist die weitere Strecke (Los IV) von der Tiedstraße bis zur Wehrstraße mit der Unterführung der Spree und der Ueberbrückung der Moorschlucht im Zuge der Friedrichstraße zwischen Spree und Staatsbahnhof Friedrichstraße öffentlich ausgeschrieben worden. Diese öffentliche Ausschreibung hat ein eigenartiges Ergebnis gehabt. Es sind 11 Gebote eingegangen. Die Unterschieden in den Offerten sind kaum glaublich. Während das Höchstgebot 10 Millionen 611 000 M. rund beträgt, lautet das geringste Gebot auf 5 Millionen 807 000 M.; es besteht also zwischen dem Höchst- und Niedrigstgebot eine Differenz von nahezu 5 Millionen Mark. Der größte Teil der Offerten bewegt sich zwischen 9-10 Millionen Mark und läßt darauf schließen, daß durch Vereinbarungen hinter den Kulissen die Stadt besonders geschädigt werden soll. Die morgen zusammen tretende Tiefbaudeputation hat die Entscheidung über den Zuschlag zu fällen. Die drei geringsten Gebote sind: Beton-Bau-K. G. Nauenberg u. Co. 5 807 808 M.; Beton-Tiefbau-Gesellschaft Maß 6 488 916 M. und Tiefbaufirma Teich 8 227 118 M. Diesen Firmen folgt dann ein Gebot von Siemens u. Halske, die mit der Gesellschaft für den Bau von Hoch- und Untergartendampfbahnen eine gemeinschaftliche Bewerbung eingereicht hat, mit dem Endergebnis von 9 258 502 M.

Bei diesen Geboten spielen auch die Preise des sich neugebildeten Kiesfundaments eine Rolle. Bei allzu starker Anspannung der Aespreise dürfte die Stadt sich veranlaßt sehen, ihre Absicht wahr zu machen und eigene Kiesgruben zu erwerben.

Die jetzt zur Vergabe kommende Arbeit ist die schwierigste des ganzen Baues, da die Grund- und Bodenverhältnisse unter der Spree und in der Gegend des Bahnhofes Friedrichstraße außerordentliche Schwierigkeiten bieten.

Parteiangelegenheiten.

Zur Beachtung!

Das Jugendsekretariat und das Bureau des Bezirksbildungsausschusses befinden sich jetzt Lindenstraße 3, III. Hof, Eingang IV, 3 Treppen. Telefon: Amt Moritzplatz 4741.

3. Kreis, 9. Abteilung, Gemeinamer Jahlabend im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Vortrag des Genossen Wermuth: „Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosinenstraße 3: Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: „Reinde rüchmig“. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Juchacz. Freie Reden. Am recht regen Betätigung wird erachtet.

8. Gruppe. Mittwoch, den 8. April, abends 9 Uhr: Gruppenversammlung bei Arens, Ansbacher Str. 11. Vortrag: „Wer herrscht in Deutschland?“ Vorher Beitragzahlung.

Friedenau. Der Jahlabend findet für die Bezirke 1, 2 und 3 bei Klade, Handwerkerstr. 60/61, für den 4., 5. und 6. Bezirk im „Chausseurheim“, Born, Ecke Mühlstraße, statt. Es werden die Genossen Flog und Wahrenholz über: „Vollständige Preislisten“.

Schmargendorf. Morgen Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, im Café Tiele, Subertadabergstr. 8: Mitgliederversammlung, II. a. Besprechung über die Meißner.

Berner Vortrag des Genossen Hartwig-Beig über: Warum müssen wir uns mit Geldsüchten beschäftigen?

Grünau. Der am 8. d. M. fällige Jahlabend fällt diesmal aus. Statt dessen findet am 22. d. M. die Mitgliederversammlung statt. Die Bühnenaussgabe unserer Blätter findet von jetzt ab jeden Freitag abends zwischen 7 1/2 und 9 Uhr durch den Genossen Richard Schmidt statt.

Fritz-Buchow. Der Jahlabend am Mittwoch, den 8. April, fällt aus, da am gleichen Tage im Lokal Schöneberg (Jah. Demnald), Fritz-Buchow Str. 66, Generalversammlung stattfindet. Tagesordnung: Jahresbericht, Vorstandswahl und Wahl der Kommissionen. Beginn 8 1/2 Uhr.

Schöneberg. Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Villa Nazi“: Generalversammlung des Wahlvereins: Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht des gesamten Vorstandes und der Kommissionen und Reuwohl derselben. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Alt-Mitte. Mittwoch, den 8. April: Jahlabend für den Orts-Teil Falkenberg, bei Schäfer.

Friedrichsfelde. Der Jahlabend fällt in diesem Monat aus; an seine Stelle tritt am Dienstag, den 21. April, die Generalversammlung. Lokal: Penderstr. Berliner Str. 18.

Lichtenrade. Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Wirtshaus Lichtenrade am Bahnhof.

Kaulsdorf. Die Generalversammlung des Bezirks findet im hiesigen Lokal nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Sobch statt. Tagesordnung: u. a. Reuwahl der Bezirksleitung.

Hermesdorf bei Berlin. Morgen Mittwoch, den 8. April: Jahlabend bei Eggerecht, Albrechtstr. 1. Vortrag des Genossen Anton Fischer über: „Die Entdeckung der Religion und ihr Einfluß auf die heutigen Religionsformen“.

Spandau. Morgen Mittwoch: Jahlabend für sämtliche Bezirke. Der Bezirk Kottbusdamm tagt bei Kant in der Stenendstraße.

Berliner Nachrichten.

Im Plänterwald.

Längst ist die „Lunge des Ostens“, der mächtige Dreptower Park, den luftigen Berlinern schon zu klein geworden. Jahntausende, die an schönen Sonntagen vor die stillen Tore wandern, betrachten die herrliche Schöpfung des verstorbenen städtischen Gartenbau Direktors Gustav Meyer nur als Uebergangsstation zu dem sich fast unmittelbar anschließenden, nur durch die Dreptower Wasserlöcher getrennten Plänterwald. Zwar ist auch der Plänterwald ebenso wie der Dreptower Park ein nur um wenige Jahrzehnte älteres Kunstprodukt, die schon die ganze Struktur der Baumreihen und Wege zeigt, dennoch springt der Unterschied scharf in die Augen.

Einstmals zur Stadt Adenick gehörig, lag der Plänterwald viele Jahre lang brach. Eigentliche Forstkultur wurde nicht getrieben, die Wege waren spärlich und unwirlich, das Ganze wuchs wild auf und war den Berlinern nur als ein ziemlich unsicheres Waldgelände bekannt. Erst die Berliner Stadtverwaltung hat hier, als sie durch Kauf Eigentümer wurde, einige Ordnung geschaffen.

Jahr- und Bromenadentwege sind entstanden, haben bequeme Verbindung nach allen Seiten gebracht, besonders auch nach den drei „städtischen Tierhäusern“, in deren ältesten nach altem Brauch das erste Vereinsruderboot, das im neuen Jahre bis hierher die Oberspree befährt, die traditionelle Mandel Eier einheimst. Aus den einstigen dürftigen Restaurationsgehöften sind inzwischen hübsche moderne Waldlokale geworden, die immer mehr Ausflügler anziehen. Der interessanteste Teil des Plänterwaldes liegt zwischen diesen Tierhäusern und Dreptow links am Wasser. Am Bootshaus des Berliner Rudervereins vorbei gelangt man auf die von der Stadt Berlin angelegte schöne breite Uferpromenade, die auf der Landseite abwechselnd von Gehölz und Baumstumpflanzungen eingefäumt ist. Begleitet finden die Hochspann-Gräben an. Sie ist keine großartige Sehenswürdigkeit, nur eine Erinnerung an den ehemaligen Ehrenbürger Berlins. Auf halbrunder Lichtung ragt die im Jahre 1879 gepflanzte, bis in die Wipfel hinein von Eisen umspannte, zu Füßen von einem verwitterten märkischen Fieding bewachte Eiche. Nicht daneben beginnt, etwa so groß wie der Dönhofsplatz, der „Tiergarten“ des Plänterwaldes, ein umfriedetes Gehege mit vier Rehen, darunter einem Kapitalbock. Der sonntägliche Massenbesuch hat die Tiere schon gemacht, sie kommen nur selten an das Gatter heran, sind aber bei den Schutzhütten in der Mitte gut sichtbar.

Ueber die Waldschaulust hinweg trifft der Spaziergänger auf die beiden famosen Baldbühnen, von denen der größere „am Ring“ bekanntlich der Berliner Jugend als Ferienpielplatz dient. Es ist der ideale Spielplatz, den man sich denken kann. In der Mitte die Hochfläche, roh aus Baldbämmen gezimmert, ringsherum sechs seitlich offene Hallen zum Abweifen, herrliche Rasenflächen mit verpflanzten Bäumen besetzt, — da müssen die Kinder sich wohlfühlen. Sie besuchen denn auch keinen anderen Ferienpielplatz so rego, wozu wohl auch die nahe Badegelegenheit an der Spree beiträgt. Hinter den Spielplätzen bis nach Baumstumpfenweg hinaus bietet der Plänterwald keinerlei Abwechslung. Der Waldcharakter ist zu wenig ausgeprägt, da jedes Unterholz fehlt und auch Launen nur mäßig vorkommen. Das soll demnächst anders werden. Die städtische Gartenbauverwaltung will den ganzen Plänterwald nach und nach parkartig ausgestatten, ohne deshalb das Waldmäßige zu zerstören. Wie das alles werden wird, schlummert noch in den Plänen unserer städtischen Gartenbauinspektoren. Ist es doch nur eine Frage der Zeit, daß auch hier die Bedienung einsetzt und an dem Streifen des Plänterwaldes längs der Dreptower Chaussee eine lange Reihe von villenmäßigen Landhäusern entsteht. Was schon für die nahe Zukunft gewünscht wird, ist die Anlage mehrerer größerer Sportplätze mitten im Plänterwald, was ohne jede Vereinbarung des Gesamtbildes geschehen kann. Die Spiel- und Sportplätze im Dreptower Park sind an Sonntagen so überfüllt, daß tatsächlich ein Bedürfnis für weitere öffentliche Sportplätze in nächster Nähe besteht. Geeignete Stellen sind namentlich im hinteren Teile des Plänterwaldes genügend vorhanden.

Das tapfere Schneiderlein.

Laut Statistik über die Bewegung der Bevölkerung Berlins im Jahre 1913 ist der Geburtenrückgang eine unerquickliche Tatsache. Es sind im Jahre 1913 rund 1000 Kinder weniger geboren worden als im Jahre 1912. Und es werden voraussichtlich in diesem Jahre noch weniger geboren werden.

Das ländliche Berlin macht nicht mehr mit und geht anderen großen Städten mit schlechtem Beispiel voran. Aber auf dem flachen Lande blüht noch rechtliche bürgerliche Tugend und man läßt in Dingen der Fortpflanzung dem Schicksal unbedenklich freien Lauf. Da lebt in Ahlbeck der rühmlichst bekannte Schneider Ferdinand Englisch. Der wackerer Mann hat nicht weniger als 35 Kindern zum Leben — verholfen. Im letzten Jahre fanden sechs von seinen Söhnen beim Militär, und dies war, wie man jetzt hört, der Anlaß, daß Englisch acht Tage lang als Gast des Kaisers in Berlin weilen konnte. Wahrlich hat er hier neue Kräfte gesammelt. Er ist ja erst 53 Jahre alt und noch nicht gewillt, auf seinen Lorbeer zu verzichten. Noch steht ihm der Sinn nach weiteren Erfolgen. Der Kaiser ließ sich den braven Mann vorstellen, drückte ihm die Hand, Kopfte ihn auf die Schulter und entließ ihn kühnlich mit den Worten: „Fahren Sie fort, Englisch!“

Und dieser war tief bewegt und in seinen Augen leuchtete es von Patriotismus. Er verneigte sich und sagte: „Zu Befehl, Majestät.“ Er verließ das kaiserliche Schloß voll Tatendrang; und man kann auf die weiteren Resultate seines geist- und staatsgefälligen Wirkens gespannt sein.

Aufführung von Musikstücken am Donnerstag und Sonnabend der Karwoche sowie am Freitag und Totensonntag.

Zusammenstellungen von Musikstücken ersten Charakters, die zur Aufführung am Donnerstag und Sonnabend der Karwoche sowie am Freitag und Totensonntag geeignet sind (Polizeiverordnung vom 15. Mai 1913 § 10) werden, soweit der Vorrat reicht, auf den Rezipieren an die Kongertlokale, Amothheater, Schankwirtschaften usw. unentgeltlich verabfolgt. Programme, welche ausschließlich Nummern dieser Zusammenstellung enthalten, sind zur Aufführung an den genannten Tagen ohne weiteres zulässig und brauchen nicht erst zur polizeilichen Genehmigung eingereicht werden.

Zufriedenheit im „Kranken- und Gesehungshaus Nordend“.

Wie es in Dr. Dosquet-Manasse's „Kranken- und Gesehungshaus Nordend“ zugeht, zeigt uns Nr. 99, indem wir einige der über diese Anstalt uns vorgetragenen Klagen wiedergaben. Ein Arbeiter, der als Kranker dort von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Nordend untergebracht worden war, hatte schon vor Erscheinen des „Vorwärts“-Artikels sich entschlossen, den Kassenvorstand durch eine an ihn gerichtete Beschwerde zu Mißverhaltensregeln zu veranlassen. Dem Beschwerdeführer ist jetzt ein Brief bekanntgegeben worden, den der Kassenvorstand von Dr. Dosquet-Manasse als Antwort auf die ihm zur Begünstigung mitgeteilte Beschwerde erhalten hat.

Dr. Dosquet-Manasse schreibt, es sei „unmöglich“ und würde „zu weit führen“, auf die 15 Beschwerdepunkte einzugehen. Er nehme an, daß sie „größtenteils aus mangelndem Verständnis entstünden“ seien. Obwohl man die Angaben leicht als „entstellt“ oder „übertrieben“ erkenne, habe er alles sorgfältig untersucht. „Schließlich habe ich“, sagt er, „die Patienten einzeln gefragt, ob sie in irgend einem Punkte unzufrieden wären. Ich habe aber von keiner Seite etwas Ungünstiges gehört“. Wir glauben nicht, daß der Kassenvorstand sich mit dieser Antwort abspeifen lassen wird. Zu den einzelnen Beschwerdepunkten sich ausführlich zu äußern, wird ja wohl nicht die Kräfte des Herrn Dr. Dosquet-Manasse übersteigen. Es genügt doch nicht, einfach zu erklären, die Angaben seien entstellt oder übertrieben. Bei dem Vorwurf des Mangels an Verständnis denkt Dr. Dosquet-Manasse wohl hauptsächlich daran, daß manchen seiner Patienten das Verständnis für die Eigenart der im „Kranken- und Gesehungshaus Nordend“ üblichen Beschäftigung allerdings fehlt.

Seine Idee, die noch in der Anstalt weilenden Patienten zu befragen, ob sie „unzufrieden“ sind, erinnert uns an eine Erfahrung, die wir vor einigen Jahren gemacht haben. Von einer Privatambulanz für Unfallkranke, im Volkshaus „Rentenversicherung“ genannt, gaben wir eine nicht schmeichelhafte Schilderung, wobei wir uns auf die schriftlichen und mündlichen Angaben einer Reihe von Insassen der Klinik stützten. Sowie der „Vorwärts“-Artikel veröffentlicht worden war, nahm der leitende Arzt und Besitzer der Klinik sich der Patienten vor und fragte sie aus, ob sie etwa den Artikel veranlaßt oder Material dazu geliefert hätten oder überhaupt unzufrieden seien. Als ihm die Fragen nach Wunsch mit Nein beantwortet wurden, ließ er sich die allgemeine Zufriedenheit noch durch Namensunterschrift jedes einzelnen Patienten bestätigen. Auch diejenigen unterschrieben mit, die vorher unter den uns zugehenden gemeinsamen Klagebrief ihre Namen gesetzt, uns in der Klinik bei unserem Besuch in eingehender Unterredung alles mündlich bestätigt und ihre Bitte um Veröffentlichung dringend wiederholt hatten.

Man sieht, daß eine von sämtlichen Patienten einer Anstalt auf Befragen gegebene Versicherung vollster Zufriedenheit noch kein „Beweis“ ist. Die Furcht, sich mißliebig zu machen, hat — gleichgültig, ob sie begründet oder unbegründet war — schon manchem Insassen einer Heil- oder Pflegeanstalt die schönste Zufriedenheitsklärung abgerungen.

Die Leiche des Schülers Gladow, über deren Auffinden wir gestern berichteten, ist von den Eltern rekonstruiert worden. Es besteht nunmehr kein Zweifel mehr, daß der zehnjährige Knabe mit seinen Gefährten gespielt hatte und in den Wald hineingelaufen ist, wo man ihn wohl suchen sollte. Dabei scheint er sich den Fuß gebrochen oder verstaucht zu haben. Vor Erschöpfung konnte der arme Junge nicht weiter und ist auf gräßliche Weise umgekommen. Seine Leiche wurde im Jagd 7 im Alt-Landsberger Forst, unweit Eggensdorf, gefunden.

Der Heiratswindel ist nicht auszurotten. Immer wieder finden sich Dumme, die sich von gerissenen Gaunern um ihr Geld bringen lassen. Jetzt ist wieder ein solcher Kurische verhaftet worden, der unter der Angabe, Arzt zu sein, heiterlustigen Damen viele Tausende abgeschwindelt hat.

Vorwärtsbuchhandlung und „Die Les“.

Wunderketen sich wiederholende Anfragen nach dem Verhältnis der Buchhandlung Vorwärts zu der Zeitschrift „Die Les“ bezeugen, daß dieses Verhältnis nicht richtig gewertet wird. Wenn die Buchhandlung Vorwärts Bestellungen auf die genannte Zeitschrift entgegennimmt, so will sie damit nicht eine besondere Empfehlung bekunden, die nicht ihre Sache ist.

Daß die andere Auffassung, die wir hiermit berichtigend möchten, besteht, hängt vermutlich mit der Art der Propaganda zusammen, die der Les-Verlag unter Ausnutzung von vereinzelt kritischen in Parteizeitungen und von privaten Artikeln aus Arbeiterkreisen betreibt. Diese Propaganda erweckt den Eindruck, die Zeitschrift sei ein von der Arbeiterschaft offiziell unterstütztes Unternehmen. Das ist sie aber durchaus nicht. Sie erscheint in einem Stuttgarter Verlag, der dem Kreise unserer Parteiverlage und dem Einfluß der organisierten Arbeiterschaft ganz fern steht.

Auf Reklamebeilagen der Zeitschrift, die unseren Parteiblättern gelegentlich beiliegen, wird merkwürdigerweise der Name dieses Stuttgarter Verlags verschwiegen, der Name unserer Buchhandlungen hingegen durch die Saganordnung in einer Weise auffällig hervorgehoben, daß allerdings bei unkritischem Lesen der Irrtum entstehen kann, es handle sich da um ein Unternehmen unserer Parteigeschäfte. Diesen Irrtum muß entgegengewirkt werden, auch deshalb, weil er sich hier und da zu der Ansicht verdrängt hat, die „Les“ sei das von der Partei geplante illustrierte Familienblatt, dessen Erscheinen für den 1. Oktober dieses Jahres in Aussicht gestellt ist.

Parteigenossen, die Verwandte und Bekannte haben, die im ostpreussischen Reichstagswahlkreise Braunsberg-Heilsberg wohnen, werden gebeten, deren genaue Adressen an den Unterzeichneten zum Zwecke der Zusendung von Flugschriften und Stimmzetteln zur bevorstehenden Reichstagswahl anzugeben. S. Linde, Parteisekretär, Königsberg, Vorder-Rosgarten 61/62.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweise, weibliche Abteilung, teilt den verehrlichen Hausfrauen mit, daß seine Bureau für Ausschlepppersonal, Wasch- und Heimgewaschene, Wäscherinnen, in den Sommermonaten bereits am 7. März eröffnet werden. Bestellungen werden von 7-12 Uhr entgegengenommen, telephonisch Amt Norden 3791 bis 3797 oder durch Postkarte C. 54, Müldersstr. 9.

Ferbediebstahl. Am Donnerstag, den 2. April, abends, trafen zwei Männer an einem Mittwoch heran, welcher vor dem Hause Alagenstraße 27 in Schöneberg hielt, um Steine anzuladen, und waren ihm, er solle seine Pferde auf zehn 10 Minuten laßen, sie wollten einen Möbelwagen von der Vorbergstraße nach der Alagenstraße im Nebenhaus holen. Seitdem sind die Pferde spurlos verschwunden. Für die Herbeischaffung der Pferde zahlt der Eigentümer Webauer, Revalerstraße 15, 100 M. an Belohnung. Beschreibung: Zwei dänische Judschwallade, langschwänzig, zirka 1,75 Meter groß; der eine unregelmäßige Flecke, 4 weisse Füße, am rechten Hinterfuß lahle Stelle, Sprunggelenk, zirka 2 Jahr alt; der andere Stern, Hinterfuß hickelartig, rechter Vorderfuß fingerlange Wundwunde im Kniegelenk.

Rose-Theater. „Das Recht auf den Tod“ bestellt sich das neueste Stück, das von Gustav Loebel verfaßt ist und am Sonnabend im Rose-Theater zur Aufführung gelangte. Dem Stück liegt die Frage zu Grunde, ob es unter Umständen gerechtfertigt sein kann, den Lebensfaden eines ohnebiedem dem Tode Verfallenen vorzeitig abzuschneiden. Ein Arzt hat seine am Leberkrebs leidende Frau durch ein Schlafmittel vom qualvollen Leben erlöst. Das war sein gutes Recht, meint er, und will, indem er sich persönlich dem Staatsanwalt überliefert, dies sein Recht öffentlich beweisen.

Zeugenvernehmung des französischen Präsidenten.

Einen in der französischen Rechtspflege wohl einzig dastehenden Vorgang hat das Attentat der Frau Caillaux auf den Befiger des „Figaro“...

Paris, 6. April. Zu der vom Präsidenten gemachten Aussage wird gemeldet, daß zwischen Poincaré und Caillaux vereinbart worden war, durch einen gemeinsamen Freund, den Advokaten Maurice Bernhard...

Der Sternflug nach Monaco. (Ein Unfall Sirths.)

Helmuth Sirth, der in so glänzendem Fluge die 1088 Kilometer lange Strecke Gotha—Marseille am Sonnabend zurückgelegt hatte...

Am Dienstag oder Mittwoch will nun auch noch Ernst Stöffler, der Bruder Viktor Stöfflers, des Bierundzwanzigstündigen-Fliegers...

Zabern macht Schule.

Ein kostliches Erlebnis, das im Gegensatz zu Zabern mit einem Pandurenkeller begann und mit verschiedenen Verhaftungen schloß, wird aus Bruneck in Tirol gemeldet.

Die Sinnesverwirrung scheint offenbar in der maßlosen Befoffenheit des Herrn Hauptmanns gelegen zu haben.

Sturmwind in Reiche.

Aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands kommen Nachrichten über orkanartige Stürme, die in einzelnen Gegenden großen Sachschaden angerichtet haben.

seiner Partei, die ihn aufgestellt hat, Wahlenthaltung proklamiert worden war.

Tempelhof.

Die Stichwahl im ersten Gemeindeviertel hat unserer Partei leider nicht den Sieg gebracht. Die Wähler dieses Bezirks setzen sich zum großen Teil zusammen aus Gemeindebeamten und Arbeitern...

Ober-Schönweide.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst stand die Beschlußfassung der Gültigkeit der Wahlen zur Gemeindevertretung am 8. und 9. März zur Beratung.

Sollten diese Stimmen zur Aufzählung kommen, so bedeutet das für die Gemeinde eine erhebliche Mehrbelastung des Schulrats.

Rosenthal.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl trugen unsere Kandidaten Genosse Frische und Lagerhalter Groll mit je 278 von 491 abgegebenen Stimmen den Sieg davon.

Bernau.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Dem Tischlermeister Raabe wurde die Lieferung von Armenwärmen und dem Buchhändler Schmidt die Lieferung von Lehrmitteln für arme Kinder übertragen.

Spandau.

Für die geplante Staatsarbeiterkolonie in Staaken hat das Reichsamt des Innern 140 Morgen in Staaken angekauft und der aus Staatsverhältnissen bestehenden Bauengesellschaft in Erbpacht gegeben.

Seine jugendliche Tochter schwört: er habe die Kranke nicht getötet, vielmehr hätte diese selber den Todesstrick zu sich genommen. Infolgedessen wird das Verfahren gegen den vermeintlichen „Mörder“ eingestellt.

Die Darsteller bemühten sich eifrig um das Schauspiel. Direktor Bernhard Rose als Titeldarsteller; desgleichen die talentvolle Mathilde Friedrichs, Josephine v. Jagemann, die ein feines Spiel offenbart...

Seine Nachrichten. Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden der 33 Jahre alten Arbeiterin Olga Schwel aus der Liebenwalder Straße 38 gefunden.

Vorortnachrichten.

Wann erfolgen die Vorstandswahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Adlershof und Umgegend?

Nach der Reichsversicherungsordnung sollen die Krankenkassen durch einen Vorstand sowie einen Aufsicht verwaltet werden. Nun haben ja bereits vor acht Wochen die Wahlen für die obgenannte Kasse stattgefunden...

Steglich.

Eine neue Laubenslonie richtet unsere Gemeinde auf dem an der Ecke Bismard- und Mariendorfer Straße gelegenen Gelände ein. Die letzte Gemeindevertreterversammlung stimmte der Pachtung des Grundstücks für die verhältnismäßig hohe Summe von 3000 M. pro Jahr zu...

Charlottenburg.

Am kommenden Karfreitag findet ein Halbtagesausflug nach der Jungfernheide statt. Die Arbeiterkassette Charlottenburgs wird ersucht, sich mit ihren Familien daran zu beteiligen.

Santwig.

Die Gemeindevertreterwahlen am 5. April haben mit einem Siege der Gemeindevorsteherclique geendet. Es erhielten Marxand 504 Stimmen und Sted 501 Stimmen, die Genossen Lange und Wabbe je 379 Stimmen.

Ein sehr allger Herr scheint der bürgerliche Oppositionskandidat Ulrich zu sein. Bei der Hauptwahl stimmte er für seinen Mitbewerber Wabbe und für den gegnerischen Kandidaten Marxand...

Gefährliche Ballonlandung.

Der in Köln am Sonntag zu einer Fernfahrt aufgestiegene Freiballon „Köln“ hatte am Sonntagmittag in Hagen eine recht gefährliche Landung zu überstehen. Ueber der Stadt Hagen sank der Ballon trotz Ballastabgabe plötzlich aus einer Höhe von 1500 Metern auf 100 Meter. Das Schlepptiel schleifte über die Häuser und riss die Ziegel von den Dächern. Schließlich stieß der Ballon mit seinem Körper an die Schule in der Blumenstraße, blieb in den Telegraphenleitungen hängen, riss sich dann wieder los und landete nach kurzem Weiterfluge hinter dem Armenhaus. Der Führer, Hauptmann Nitzel vom 7. Jüherillier-Regiment in Köln, und der Stabsarzt Müller aus Köln erlitten erhebliche Quetschungen, der Referendar Brachos aus Mülheim a. Rhein zog sich einen Weindruck zu.

Nachwehen des Debrecziner Bombenattentats.

Der Urheber des Bombenattentats im Debrecziner Bischofspalast, Catarau, ist in der Umgebung von Uesfah festgenommen worden. Das österreichisch-ungarische Konsulat hat die Gesundheitsbehörde in Belgrad verständigt, um die zur Auslieferung nötigen Schritte einzuleiten. Die Spur Cataraus ist durch einen Brief gefunden worden, in dem er seinen Eltern mitteilte, er wolle sich zunächst in Uesfah aufhalten und später nach der Schweiz begeben.

Kleine Notizen.

Die Witwe des Liebhabers. In Breslau hat am Montag morgen im Bureau des Rechtsanwalts Gaha der Bureauvorsteher Georg Müller die 16jährige Maschinenführerin Martha Ruprecht erschossen, weil sie auf seine Liebesanträge nicht einging. Nach der Tat ist Müller mit 5000 Mark, die er dem Rechtsanwalt unterschlagen hat, geflüchtet.

Reineide im Kieler Wertprozess? Unter dem Verdacht des Meineides wurde in Kiel der frühere Maschinenführer der Kieler Kaiserlichen Werft Brunst verhaftet. Er war seinerzeit im Kieler Wertprozess mitangeklagt und in der Vernehmungssache fälschlich verhaftet, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Jetzt ist er erneut in Haft genommen worden, weil er in der Verhandlung gegen Jakobson sein und ihm wegen Verpressung als Zeuge einen Reineid geleistet haben soll.

Schweres Eisenbahnunglück in Lehe. Am Sonntag abend gegen 10 Uhr fuhr der von Cuxhaven kommende Personenzug 915 bei der Ausfahrt aus Bahnhof Lehe infolge unrichtiger Weichenstellung in ein falsches Gleis und überkam einen an dessen Ende stehenden Pressbock. Die Lokomotive stürzte mit mehreren Wagen die Dammböschung hinab. Lokomotivführer und Heizer sind tot. Reisende wurden nicht verletzt.

Eine Schredensstat. In Birkenberg in Böhmen hat der Bergarbeiter Scherner im Bahnhofsanfall seinen elfjährigen Sohn und seine Frau erschlagen und dann Selbstmord verübt. Ein zweiter Sohn, der bei der Schredensstat zugegen war, hat vor Schred die Sprache verloren.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg. Sonntag, den 12. April (1. Osterfeiertag): Tagespartie nach Schmieditz, Weinsdorf, Großensee, Niederlehme, Neue Mühle, Jesterna See, Königs-Bücherhagen. Fahrgeld 85 Pf. — 1. und 2. Osterfeiertag: 1. Tagespartie weitergehend; Heiliger See, Borsdener See, Teupitz, Lornow (Kantlager). 2. Feiertag: Teupitzer See, Tschirn, Waken, Köhner See, Arummen See, Schentendorf, Königs-Bücherhagen. Fahrgeld und Nachlager je 2 Mark. — Treffpunkt für beide Partien: Bahnhof Stralau-Simmelsburg 6 1/2 Uhr morgens. Abfahrt des Zuges 6 1/2 Uhr.

Leitung. Beim Jugendausflug sind eingegangen: Vom Personal der Konjunktionsgesellschaft, Rittergutsfröhen, statt eines Kranzes für die Märtyrerinnen 20.—. Von den freiwilligsten Arbeitern der Anilinfabrik, Hauptstraße, Ueberfluh vom Märzkranz 10.—.

Eingegangene Druckschriften.

Volkswirtschaftliche Blätter. Mitteilungen des volkswirtschaftlichen Verbandes. Herausgegeben von Dr. H. C. Krüger. Nr. 1/2 1914. Erscheint monatlich 2 mal. Pro Jahr 12 Bk. Verlag für Fachliteratur, Berlin W 30.
Die Voraussetzungen eines deutschen Leuchtölmonopols. Von Dr. F. Schmidt. Springer, Berlin. 1 Bk.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 5.4. um 6.4.	am 6.4. um 7.4.	Wasserstand	am 5.4. um 6.4.	am 6.4. um 7.4.
Nemel, Mühl	305	-2	Saale, Großk.	170	-4
Bregel, Jüterburg	179	+14	Saale, Spandau	122	-4
Reichel, Thorn	432	+42	Saale, Rathenow	128	0
Oder, Ratibor	170	+1	Spreew., Spremberg	96	+2
Strosen	188	-9	Bredow	143	-1
Frankfurt	200	-4	Sefer, Ründen	244	-13
Warthe, Schimm	148	-4	Ründen	350	-7
Landberg	175	-5	Rhein, Magdalenbau	314	0
Rega, Boddamm	109	+12	Raub	350	-16
Eibe, Leimetz	69	+3	Köln	402	-24
Bredben	-54	-4	Redar, Dellbronn	163	+15
Harbo	270	-13	Rain, Hamau	238	-6
Magdeburg	215	-13	Weser, Exier	165	-5

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterpegel.

Marktpreise von Berlin am 4. April 1914, nach Ermittlungen des Igl. Vollgetreideamts. Weizen (mitgel), gute Sorte 00,00-00,00, Donau 00,00-00,00. Mais (runder), gute Sorte 14,00-15,20. Weizenroh 0,00, Neu 7,40-8,60.

Marktpreisliste. 100 Kilogr. Getreide, gelbe, zum Kochen 34,00-35,00. Speisebohnen, weiße 35,00-36,00. Linen 40,00-40,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 4,00-7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seite 0,00-0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00-0,00. Schweinefleisch 0,00-0,00.

Rohfleisch 0,00-0,00. Hammelfleisch 0,00-0,00. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 3,00-4,50. 1 Kilogramm Karphen 1,20-2,40. Salz 1,60-3,20. Sander 1,40-3,20. Getreide 1,20-2,60. Bartha 1,00-2,20. Schote 1,60-3,20. Weiz 0,90-1,60. 60 Stück Rübje 3,50-21,00.

Witterungsübersicht vom 6. April 1914.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. (Tag- u. N.)	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. (Tag- u. N.)
Eminende	748	NO	0	bedeckt	6	Karlsruhe	754	SO	2	bedeckt	-1
Hamburg	742	NO	5	Regen	8	Berlin	758	SO	1	wolkenl.	-1
Berlin	749	NO	3	bedeckt	8	Stettin	756	SO	7	bedeckt	0
Frankf. a. M.	748	NO	7	bedeckt	10	Aberdeen	734	SO	2	bedeckt	7
München	755	NO	4	bedeckt	5	Paris	756	SO	6	wolkenl.	11
Wien	758	NO	1	wolflig	8						

Wetterprognose für Dienstag, den 7. April 1914.

Stetig kühl, zeitweise aufklarend, jedoch sehr unbeständig mit wiederholten Regen- oder Graupelschauern und starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Mittwoch mittag: Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt und sehr windig, mit östlich-windigen, besonders im Norden sehr ergiebigen Regenschauern, Temperaturen wenig verändert.

Uebergrossen

bedeuten verstärkte Ausführung. Sie fahren sicherer und sparsamer, wenn Sie beim Kauf von Automobilreifen unsere Uebergrossen vorschreiben. Für schwere und schnelle Wagen nur diesen Typ. Kein Folgebau.

Continental Pneumatik



Continental-Caoutchouc- u. Gutta-Percha-Co., Hannover



Personal 12 000

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 55.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

1 Mark

Herren-Moden

fertig und nach Maß!

Julius Fabian

Schneidermeister
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Turmstr. 18, I, kein Laden
Kottbuser Strasse 14, nur
2. Etage.
Vorzeiger dieser Anzeigen erhält 5 Prozent Rabatt!

Blumen- und Kranzbinderer
von Robert Meyer,
Zsh.: P. Gollets
Marianenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Legge-Hühner
garantiert junge, beste Legger, 2 1/2 Bk., empfiehlt F. Wegner, Berlin SO., nur Marianenstr. 31. 33/34

H. Esders & Dyckhoff

Gertraudenstraße 8-9 BERLIN C Gertraudenstraße 8-9

Heute von 12-6 Uhr geöffnet **Die große Mode!** Heute von 12-6 Uhr geöffnet

Covercoat-Sport-Paletots	M.	27.-	33.-	39.-	45.-	52.-	58.-	bis	72.-
Marengo (dunkelgraue) Paletots	M.	23.-	27.-	33.-	39.-	45.-	52.-	bis	78.-
Herren-Sakko-Anzüge einreihige Form	M.	19.-	25.-	32.-	39.-	45.-	55.-	bis	78.-
Herren-Sakko-Anzüge zweireihige Form	M.	22.-	28.-	35.-	42.-	48.-	52.-	bis	82.-

Spezial-Abteilung für Knaben- und Jünglings-Kleidung.

M. 0.50 anstatt M. 1.00

Fleisch ist teurer, trotzdem aber nicht wertvoller als viele billigere Nahrungsmittel. Das billigste von allen ist Quaker Oats — ein grosses Paket kostet nur 42 Pf. Dabei gibt Quaker Oats mehr Nährkraft in leichtverdaulicher Form als Fleisch bei doppelter Ausgabe.

Gratis-Löffel für Quaker Oats Konsumenten

Quaker Oats Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle, schwer versilberte Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind. Diese Löffel tragen keinen Reklameaufdruck, sind von grosser Haltbarkeit und eine Zierde für jeden Tisch.

Genaue Abbildung in Naturgrösse. Ohne Reklameaufdruck.



